

Bezirksverordnetenversammlung Pankow von Berlin

Ausschuss für Mobilität und öffentliche Ordnung
IX. Wahlperiode



Bezirksverordnetenversammlung Pankow von Berlin
Fröbelstraße 17, 10405 Berlin
Telefon 90295 - 5002 / 5003
Fax 90295 - 6515
E-Mail bvv.buero@ba-pankow.de
Internet <http://www.berlin.de/ba-pankow/politik-und-verwaltung/bezirksverordnetenversammlung/>

Berlin, den 19.02.2026

Einladung

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit lade ich Sie zur Öffentlichen/nichtöffentlichen Sitzung des Ausschusses für Mobilität und öffentlichen Ordnung ein.

am Donnerstag, 26.02.2026

um 19:30 Uhr

im Haus 7, BVV-Saal, Bezirksamt Pankow von Berlin, 10405 Berlin, Fröbelstraße 17

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Protokollkontrolle (Protokoll vom 12.02.2026)
- 2 Bericht aus dem Bezirksamt
- 3 Überwiesene Drucksachen
 - 3.1 Helmholtzplatz als Oase der Naherholung dauerhaft sichern und erhalten
Drucksache: IX-1215
 - 3.2 Platz für Kinder statt für Autos – Senefelderstraße entlasten
Drucksache: IX-1223
 - 3.3 Entsiegelung und Begrünung durch Umgestaltung des Parkplatzes am Senefelder Platz zur Steigerung der Aufenthaltsqualität
Drucksache: IX-1280
 - 3.4 Gemeinsam für Kinder und Jugendliche – Eine BVV-Sitzung im Jahr für die Anliegen unserer jüngsten Bürger*innen
Drucksache: IX-1304 (mitberatend)
 - 3.5 Blankenburger Süden – Tram-Anschluss zum S-Bahnhof Blankenburg
Drucksache: IX-1305
 - 3.6 Verkehrssicherheit an der Einmündung Malchower Straße Ecke Blankenburger Straße
Drucksache: IX-1306
 - 3.7 Leichtere Zugänglichkeit unter dem Magistratsschirm
Drucksache: IX-1318

- 3.8 Mauerpark-Kultur: Nicht länger aussitzen
Drucksache: IX-1328 (mitberatend)
- 3.9 Verkehrsberuhigung in Wilhelmsruh
Drucksache: IX-1329
- 3.10 Schluss mit Feierabendraserei durch Heinersdorfer Wasserturmsiedlung!
Drucksache: IX-1332
- 4 Sonstiges
Vorbereitung BVV mit seniorenpolitischem Schwerpunkt

Mit freundlichen Grüßen

gez. Mike Szidat
Ausschussvorsitz



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-1215

Antrag

Fraktion der SPD

Ursprung:

Antrag, Fraktion der SPD

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

02.07.2025 BVV

BVV/032/IX

Betreff: Helmholtzplatz als Oase der Naherholung dauerhaft sichern und erhalten

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, zur nachhaltigen Verbesserung der Aufenthaltsqualität und Nutzungsmöglichkeiten im Bereich der geschützten Grünanlage Helmholtzplatz folgende Maßnahmen zu ergreifen:

- zusätzliche Parkläufer aus den Mitteln des Sicherheitspakets des Berliner Senats auch auf dem Helmholtzplatz einzusetzen,
- die Präsenz aufsuchender Sozialarbeit weiter auszubauen,
- eine dem Bedarf angemessene Bestreifung durch das Ordnungsamt im Rahmen der vorhandenen Kapazitäten,
- die Liegewiese mittels einer Beschilderung als solche kenntlich machen,
- die Sanierung der Brunnenanlage Bärenbrunnen bei den Berliner Wasserbetrieben (BWB) in Auftrag zu geben und die Kostendeckung aus dem entsprechenden Haushaltstitel bei der Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt anzumelden,
- sich bei der SenMVKU und den BWB für die Instandsetzung der Schwengelpumpen auf dem Helmholtzplatz einzusetzen,
- Vernetzung und Unterstützung der aktiven Anwohnerschaft, u. a. der Helmholtzplatzrunde

Berlin, den 24.06.2025

Einreicher: Fraktion der SPD,
 Mike Szidat, Roland Schröder

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen

_____ beschlossen mit Änderung

_____ abgelehnt

_____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

x	einstimmig
	mehrheitlich
48	Ja-Stimmen
0	Gegenstimmen
0	Enthaltungen

federführend

x überwiesen in den Ausschuss für
 mitberatend in den Ausschuss für
 sowie in den Ausschuss für

Mobilität und öffentliche Ordnung

Klimaschutz, Grünanlagen, Spielplätze, Umwelt und Natur

Soziales, Senior*innen und Gesundheit

Begründung:

Die Sauberkeit der Parks und Erholungsflächen ist immer wieder ein Anliegen der Berlinerinnen und Berliner. Attraktive Grünflächen bieten Erholung mitten in der Stadt und ihr Stellenwert ist nicht erst seit den Zeiten der Pandemie besonders hervorzuheben. Saubere Grünanlagen, Liegewiesen und Parkwege laden zur Benutzung ein und machen eine Großstadt wie Berlin erst lebens- und liebenswert. Der "Helmholtzplatz" bildet das grüne Zentrum im dicht besiedelten Helmholtzkiez. Das ehemalige Toilettenhaus wurde zu einem Platzhaus mit Angeboten für die Anwohner umgebaut, das alte Transformatorenhaus erfuhr eine denkmalgerechte Sanierung und beherbergt heute das Cafe "Kiezkind", ein Treffpunkt der vielen jungen Familien aus dem Kiez.

Ähnlich der Situation in anderen, prominenteren Grünanlagen, sieht sich die Anwohnerschaft des Helmholtzplatzes zunehmend der Vermüllung, Beschädigung von Anpflanzungen, Gefährdungen und Störungen unterschiedlicher Personenansammlungen und nächtlichen Feiern sowie auch den Folgen von Eigentumsdelikten und Drogendelikten ausgesetzt.

Der Berliner Sicherheitsgipfel hat für den Doppelhaushalt 2024/25 insgesamt 28,3 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. Zusätzliche Finanzierungsmittel für eine aufsuchende Sozialarbeit für Suchtkranke und für Parkläufer, die Besucher bei der Verletzung der Parkregeln ansprechen, können aus den bislang nicht vollständig verausgabten Geldern des Berliner Sicherheitspaket beantragt werden. Dem Bezirk Pankow wurde zusätzliche Mittel für Parkläufer zugeteilt, diese sollten dann neben Mauerpark und Park am Weißen See auch den Helmholtzplatz regelmäßig begehen. Ähnliches gilt für die beiden zusätzlich finanzierten Stellen im allgemeinen Ordnungsdienst des Bezirks.

Der Einsatz der Awareness-Teams im Mauerpark führte zur Steigerung des Sicherheitsgefühls der Parkbesucher. Ziel muss es daher sein, durch den Einsatz von präventiven und auch repressiven Maßnahmen auch am Helmholtzplatz eine dauerhafte Verbesserung der Situation vor Ort zu erreichen. Die Einbindung der aktiven Anwohnerschaft in regelmäßige Kontakte zwischen SGA, Ordnungsamt/Polizei, BSR kann ebenfalls dazu beitragen, dass Sicherheitsbedenken frühzeitig erkannt und angegangen werden. Der Abschnitt 15 der Berliner Polizei nahm bereits an einer Austauschrunde der Helmholtzplatzrunde teil.

Seit März 2025 veranstaltet die „Helmholtzplatzrunde“, ein Verbund engagierter Anwohnerinnen und Anwohner, regelmäßig am 1. Sonnabend im Monat einen Aufräumtag, der auch auf der Website der BSR bei den Kehrenbürgern geführt wird. Derzeit befindet sich ein Sommerfest in der Vorbereitung. Darüber hinaus pflegen und bewässern das Nachbarschaftshaus und das Café Kiezkind die Bepflanzungen. Zur besseren Koordinierung der ehrenamtlichen Maßnahmen soll das Bezirksamt hier, analog zur erfolgreichen Gärtnerinitiative auf dem Arnswalder Platz, entsprechende Unterstützungsbereitschaft signalisieren, insbesondere bei der Schaffung von Bewässerungsmöglichkeiten (Regentonne o. ä.).

Der Bärenbrunnen ist infolge eines Rohrbruches seit längerer Zeit außer Betrieb, dies haben die BWB dem Bezirksamt Pankow auch bereits Anfang 2023 angezeigt. Zwar bewirtschaften die BWB auf Grund eines 2019 geschlossenen Rahmenvertrages die Berliner Brunnenanlagen, Sanierungen und Instandsetzungen werden hiervon jedoch nicht erfasst. Für die Kostenerstattung enthält der Haushaltsplan der SenMVKU einen entsprechenden Titel, der auch in 2025 noch abrufbare Finanzmittel enthält.

„Ein Platz für alle“ war das Motto der Umgestaltungsmaßnahmen auf dem Helmholtzplatz ab 1999, an denen Anwohner, Politiker, Träger der Jugendhilfe und Sozialarbeit, Schulen und Kitas beteiligt wurden. Im Sinne eines friedlichen Mit- und Nebeneinanders wurde allen Nutzergruppen Raum gegeben. Diesem Anspruch sollte der Helmholtzplatz auch zukünftig wieder genügen.

Beschlussempfehlung Helmholtzplatz IX-1215

Der Ausschuss für Soziales, Senior*innen und Gesundheit hat die vorliegende Drucksache in seiner Sitzung vom 18.11.2025 beraten. Er stellt fest, dass die in der Drucksache beschriebenen Herausforderungen zutreffen und die dort benannten Probleme real bestehen. Gleichzeitig ist dem Ausschuss bewusst, dass eine alleinige oder dauerhafte Räumung die Probleme nicht löst, sondern lediglich verlagert.

In der Debatte wird betont, dass Hilfs- und Unterstützungsangebote grundsätzlich freiwillig sind und die Bereitschaft zur Mitarbeit der Betroffenen für deren Wirksamkeit von zentraler Bedeutung ist. Vor diesem Hintergrund hält der Ausschuss eine verstärkte und dauerhaft präsente Sozialarbeit an dem betreffenden Ort für notwendig. Ein Ausbau der Sozialarbeit bedarf gesicherter finanzieller Mittel, da eine Intensivierung der Präsenz an diesem Ort ansonsten zu einer Verringerung der Unterstützung an anderer Stelle führen würde.

Angesichts der Komplexität der Lage wird in der Debatte deutlich, dass der Ausschuss grundsätzliche die sozialpolitischen Forderungen aus der Drucksache unterstützt. Gleichzeitig macht der Ausschuss jedoch deutlich, dass zum jetzigen Zeitpunkt ein übergreifendes Gesamtkonzept fehlt, das Maßnahmen, Finanzierung, Verantwortlichkeiten und Wirkungsziele miteinander verknüpft.

Der Ausschuss nimmt zur Kenntnis, dass der betreffende Platz im Vergleich zu anderen Plätzen bereits gut begleitet wird.

Der Ausschuss empfiehlt die Annahme der vorliegenden Drucksache bei einem Abstimmungsergebnis von 6 Ja-Stimmen, 3 Enthaltungen, 4 Nein-Stimmen.

Gez.
Ausschussvorsitzender

Paul

Schlüter



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-1223

Antrag

Fraktion der SPD

Ursprung:

Antrag, Fraktion der SPD

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

02.07.2025 BVV

BVV/032/IX

vertagt

16.07.2025 BVV

BVV/Forts032/IX

Betreff: Platz für Kinder statt für Autos – Senefelderstraße entlasten

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, die Einziehung des Abschnitts der Senefelderstraße zwischen Danziger Straße und Göhrener Straße für den motorisierten Individualverkehr (Verkehrsberuhigung durch Entwidmung) zu prüfen, um die Verkehrssicherheit im direkten Umfeld der dort ansässigen Schule nachhaltig zu erhöhen.

Im Zuge der Prüfung soll mit einbezogen werden, ob und wie, im Bereich der Einmündung der Senefelderstraße in die Danziger Straße bauliche Barrieren – etwa bepflanzbare Poller oder andere geeignete Elemente –errichtet werden können, um unerwünschte Einfahrten zu verhindern sowie den Radverkehr gezielt zu lenken und zu entschleunigen, um Gefahrensituationen vor der Schule zu vermeiden.

Im Falle eines positiven Prüfergebnisses soll die Schulgemeinschaft frühzeitig und aktiv in die Planung und Umsetzung der Maßnahme einbezogen werden, insbesondere bei der Ausgestaltung der baulichen Elemente und der Nutzung der künftig vom Kfz-Verkehr befreiten Fläche.

Berlin, den 14.07.2025

Einreicher: Fraktion der SPD,
 Katja Ahrens, Roland Schröder

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
 _____ beschlossen mit Änderung
 _____ abgelehnt
 _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

	einstimmig
x	mehrheitlich
30	Ja-Stimmen
12	Gegenstimmen
1	Enthaltungen

x _____ überwiesen in den Ausschuss für
 _____ mitberatend in den Ausschuss für
 _____ sowie in den Ausschuss für

Mobilität und öffentliche Ordnung
 Schule und Sport

federführend

Begründung:

Der Straßenabschnitt der Senefelderstraße zwischen Danziger Straße und Göhrener Straße wird stark durch den motorisierten Verkehr frequentiert, obwohl er unmittelbar vor einer Schule liegt. Dies führt immer wieder zu gefährlichen Situationen für Schüler*innen, Eltern und Lehrkräfte, insbesondere zu den Stoßzeiten des Schulbeginns und -endes.

Durch die Entwidmung des Straßenabschnitts kann eine deutliche Entlastung der Verkehrssituation erreicht und ein sicherer Schulweg gewährleistet werden. Gleichzeitig ist durch bauliche Maßnahmen sicherzustellen, dass keine unerwünschten Einfahrten mehr stattfinden und auch der Radverkehr vor der Schule in sicherer Weise geführt wird.

Die Einbindung der Schulgemeinschaft soll dazu beitragen, die Akzeptanz der Maßnahme zu erhöhen, kreative Lösungen zu fördern und die neue Fläche im Sinne der Kinder und Jugendlichen nutzbar zu machen.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-1223

Änderungsantrag

Fraktion Bündnis90/ Die Grünen

Ursprung:

Antrag, Fraktion der SPD

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

02.07.2025 BVV

BVV/032/IX

vertagt

16.07.2025 BVV

BVV/Forts032

Betreff: Platz für Kinder statt für Autos – Senefelderstraße entlasten

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht zu prüfen, mit welchen Maßnahmen die Verkehrssicherheit für Kinder im Bereich vor dem MACHmit! Kindermuseum und der Grundschule im Eliashof erhöht werden kann. Dabei ist insbesondere eine Teileinziehung (Verkehrsberuhigung durch Entwidmung für den motorisierten Individualverkehr) zu prüfen, die die bereits in Planung befindliche Fahrradstraße in der Senefelder Straße als Teil des Radvorrangnetzes gemäß Radverkehrsplan Berlin berücksichtigt.

Im Falle eines positiven Prüfergebnisses soll die Schulgemeinschaft frühzeitig und aktiv in die Planung und Umsetzung der Maßnahme einbezogen werden, insbesondere bei der Ausgestaltung der baulichen Elemente und der Nutzung der künftig vom Kfz-Verkehr befreiten Fläche.

Im Falle eines negativen Prüfergebnisses soll das Anliegen in den zukünftigen Planungen für verkehrsberuhigende Maßnahmen im Helmholtzkiez im Rahmen der geplanten flächenhaften Verkehrsberuhigung von Wohnvierteln des Bezirkes berücksichtigt werden.

Berlin, den 14.07.2025

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

gez. BV Almuth Tharan, BV Christoph Göhrig, BV Jan Drewitz

Begründung erfolgt mündlich**Abstimmungsergebnis:**

_____ beschlossen

_____ beschlossen mit Änderung

_____ abgelehnt

_____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ einstimmig

_____ mehrheitlich

_____ Ja-Stimmen

_____ Gegenstimmen

_____ Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
 _____ mitberatend in den Ausschuss für
 _____ sowie in den Ausschuss für

Berlin 15.02.2026

Stellungnahme
des Ausschusses für Schule und Sport

Zur Drucksache IX-1223**Platz für Kinder statt für Autos – Senefelderstraße entlasten**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sehr geehrter Kollege Szidat

Der Ausschuss für Schule und Sport hat in seiner Sitzung vom 11.02.2026 die Drucksache IX-1223 „Platz für Kinder statt für Autos – Senefelderstraße entlasten“ beraten.

Der Ausschuss konnte sich dem Anliegen der Drucksache mehrheitlich mit 7 JA Stimmen, bei 4 NEIN Stimmen, und 1 ENTHALTUNG anschließen.

In schöner Regelmäßigkeit werden Drucksachen zum Thema Schulwegsicherheit zur Beratung in den Ausschuss für Schule und Sport überwiesen. Der Ausschuss erklärt sich auch diesmal wieder für nicht zuständig. Eine fachliche Debatte kann nur im Verkehrsausschuss und in der AG-Schulwegsicherheit stattfinden.

Den einzigen Beitrag den der Ausschuss für Schule und Sport zur Debatte leisten kann ist es, immer wieder zu erklären, dass ihm sichere Schulwege ein wichtiges Anliegen sind.

Der Ausschuss für Schule und Sport empfiehlt die Zustimmung zur Drucksache.

Für den Ausschuss:

Karsten Dirk Gloger
Vorsitzender



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-1280**Antrag**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ursprung:

Antrag, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

12.11.2025 BVV

BVV/034/IX

**Betreff: Entsiegelung und Begrünung durch Umgestaltung des Parkplatzes am
Senefelder Platz zur Steigerung der Aufenthaltsqualität**

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, den Parkplatzbereich zwischen Schönhauser Allee 18 und Metzer Straße 17 am Senefelder Platz zu entsiegeln und in eine öffentliche, begrünte Platzfläche mit hoher Aufenthaltsqualität umzugestalten.

Dabei sollen folgende Aspekte berücksichtigt werden:

1. Vollständige Entsiegelung der Fläche und Schaffung einer wasserdurchlässigen Bodenstruktur zur Entlastung der Kanalisation bei Starkregenereignissen, Förderung der Grundwasserneubildung sowie Voraussetzung zur Verbesserung des lokalen Mikroklimas.
2. Anpflanzung von klimaresistenten Bäumen, Sträuchern und Stauden zur Erhöhung der Biodiversität sowie des Hitzeschutzes durch Schatten- und Kühlung.
3. Installation von Sitzgelegenheiten, die zum Verweilen einladen und unterschiedlichen Nutzungsansprüchen gerecht werden.
4. Berücksichtigung der Barrierefreiheit bei der Gestaltung der Wege und Aufenthaltsbereiche.
5. Prüfung auf Nutzung der Fläche als „Cooling Point“ im Rahmen des Pankower Hitzeaktionsplans sowie Installation eines Trinkwasserbrunnens.

Die Anwohner*innen und lokalen Gewerbetreibenden sollen im Prozess durch partizipative Verfahren in die Planung einbezogen werden.

Für die Finanzierung soll u.a. auch der Abruf von Mitteln aus dem Berliner Programm für nachhaltige Stadtentwicklung sowie Fördermittel für Entsiegelungen, Baumpflanzungen sowie anderen Klimaanpassungsmaßnahmen aus dem Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz (ANK) geprüft werden.

Berlin, den 04.11.2025

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,
gez. BV Almuth Tharan, BV Paul Schlüter, BV Jan Drewitz, BV Axel Lüssow

Begründung siehe Rückseite

siehe 3. Ausfertigung

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
_____ beschlossen mit Änderung
_____ abgelehnt
_____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ einstimmig
_____ mehrheitlich
_____ Ja-Stimmen
_____ Gegenstimmen
_____ Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
_____ mitberatend in den Ausschuss für
_____ sowie in den Ausschuss für

Begründung:

Das Umfeld des Senefelder Platzes leidet unter einem Mangel an öffentlichen Grünflächen (die Versorgung mit öffentlichen, wohnungsnahen Grünanlagen ist lt. Umweltatlas „schlecht“) und öffentlichen Aufenthaltsräumen. Die versiegelte Parkplatzfläche zwischen Schönhauser Allee 18 und Metzer Straße 17 bietet Potenzial zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität und des Mikroklimas in diesem dicht bebauten Stadtgebiet. Die Umwandlung von Parkplätzen in klimaangepasste, begrünte Freiräume führt nachweislich zu einer Verbesserung der Gesundheit durch Hitzeschutz sowie erhöhten Lebensqualität im Stadtquartier. Die Regenwasseragentur Berlin dokumentiert erfolgreiche Entsiegelungsprojekte, die als Vorbilder dienen können. Durch die Schaffung von Versickerungsmöglichkeiten wird zudem ein Beitrag zum dezentralen Regenwassermanagement („Schwammstadt“) geleistet, was angesichts zunehmender Starkregenereignisse von wachsender Bedeutung ist. Die vorgeschlagene Maßnahme fügt sich in die sowohl in den Pankower Hitzeaktionsplan sowie das Pankower Klimaschutzkonzept ein und trägt zur Reduzierung von Hitzeinseln bei. Förderungen wie „Natürlicher Klimaschutz für Kommunen“ aus dem „Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz“ haben für Berlin eine Förderquote von bis zu 90%.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

Antrag

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ursprung:

Antrag, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

12.11.2025 BVV

BVV/034/IX

**Betreff: Entsiegelung und Begrünung durch Umgestaltung des Parkplatzes am
Senefelder Platz zur Steigerung der Aufenthaltsqualität**

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, den Parkplatzbereich zwischen Schönhauser Allee 18 und Kollwitzstraße 17 am Senefelder Platz zu entsiegeln und in eine öffentliche, begrünte Platzfläche mit hoher Aufenthaltsqualität umzugestalten.

Dabei sollen folgende Aspekte berücksichtigt werden:

1. Vollständige Entsiegelung der Fläche und Schaffung einer wasserdurchlässigen Bodenstruktur zur Entlastung der Kanalisation bei Starkregenereignissen, Förderung der Grundwasserneubildung sowie Voraussetzung zur Verbesserung des lokalen Mikroklimas.
2. Anpflanzung von klimaresistenten Bäumen, Sträuchern und Stauden zur Erhöhung der Biodiversität sowie des Hitzeschutzes durch Schatten- und Kühlung.
3. Installation von Sitzgelegenheiten, die zum Verweilen einladen und unterschiedlichen Nutzungsansprüchen gerecht werden.
4. Berücksichtigung der Barrierefreiheit bei der Gestaltung der Wege und Aufenthaltsbereiche.
5. Prüfung auf Nutzung der Fläche als „Cooling Point“ im Rahmen des Pankower Hitzeaktionsplans sowie Installation eines Trinkwasserbrunnens.

Die Anwohner*innen und lokalen Gewerbetreibenden sollen im Prozess durch partizipative Verfahren in die Planung einbezogen werden.

Für die Finanzierung soll u.a. auch der Abruf von Mitteln aus dem Berliner Programm für nachhaltige Stadtentwicklung sowie Fördermittel für Entsiegelungen, Baumpflanzungen sowie anderen Klimaanpassungsmaßnahmen aus dem Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz (ANK) geprüft werden.

Berlin, den 06.11.2025

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,
gez. BV Almuth Tharan, BV Paul Schlüter, BV Jan Drewitz, BV Axel Lüssow

Begründung siehe Rückseite

siehe 3. Ausfertigung

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
_____ beschlossen mit Änderung
_____ abgelehnt
_____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ einstimmig
_____ mehrheitlich
_____ Ja-Stimmen
_____ Gegenstimmen
_____ Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
_____ mitberatend in den Ausschuss für
_____ sowie in den Ausschuss für

Begründung:

Das Umfeld des Senefelder Platzes leidet unter einem Mangel an öffentlichen Grünflächen (die Versorgung mit öffentlichen, wohnungsnahen Grünanlagen ist lt. Umweltatlas „schlecht“) und öffentlichen Aufenthaltsräumen. Die versiegelte Parkplatzfläche zwischen Schönhauser Allee 18 und Kollwitzstraße 17 bietet Potenzial zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität und des Mikroklimas in diesem dicht bebauten Stadtgebiet. Die Umwandlung von Parkplätzen in klimaangepasste, begrünte Freiräume führt nachweislich zu einer Verbesserung der Gesundheit durch Hitzeschutz sowie erhöhten Lebensqualität im Stadtquartier. Die Regenwasseragentur Berlin dokumentiert erfolgreiche Entsiegelungsprojekte, die als Vorbilder dienen können. Durch die Schaffung von Versickerungsmöglichkeiten wird zudem ein Beitrag zum dezentralen Regenwassermanagement („Schwammstadt“) geleistet, was angesichts zunehmender Starkregenereignisse von wachsender Bedeutung ist. Die vorgeschlagene Maßnahme fügt sich in die sowohl in den Pankower Hitzeaktionsplan sowie das Pankower Klimaschutzkonzept ein und trägt zur Reduzierung von Hitzeinseln bei. Förderungen wie „Natürlicher Klimaschutz für Kommunen“ aus dem „Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz“ haben für Berlin eine Förderquote von bis zu 90%.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

3. Ausfertigung
IX-1280

Antrag

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ursprung:

Antrag, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mitzeichnungen: Fraktion der SPD

Beratungsfolge:

12.11.2025 BVV

BVV/034/IX

**Betreff: Entsiegelung und Begrünung durch Umgestaltung des Parkplatzes am
Senefelder Platz zur Steigerung der Aufenthaltsqualität**

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, den Parkplatzbereich zwischen Schönhauser Allee 18 und Kollwitzstraße 17 am Senefelder Platz zu entsiegeln und in eine öffentliche, begrünte Platzfläche mit hoher Aufenthaltsqualität umzugestalten.

Dabei sollen folgende Aspekte berücksichtigt werden:

1. Vollständige Entsiegelung der Fläche und Schaffung einer wasserdurchlässigen Bodenstruktur zur Entlastung der Kanalisation bei Starkregenereignissen, Förderung der Grundwasserneubildung sowie Voraussetzung zur Verbesserung des lokalen Mikroklimas.
2. Anpflanzung von klimaresistenten Bäumen, Sträuchern und Stauden zur Erhöhung der Biodiversität sowie des Hitzeschutzes durch Schatten- und Kühlung.
3. Installation von Sitzgelegenheiten, die zum Verweilen einladen und unterschiedlichen Nutzungsansprüchen gerecht werden.
4. Berücksichtigung der Barrierefreiheit bei der Gestaltung der Wege und Aufenthaltsbereiche.
5. Prüfung auf Nutzung der Fläche als „Cooling Point“ im Rahmen des Pankower Hitzeaktionsplans sowie Installation eines Trinkwasserbrunnens.

Die Anwohner*innen und lokalen Gewerbetreibenden sollen im Prozess durch partizipative Verfahren in die Planung einbezogen werden.

Für die Finanzierung soll u.a. auch der Abruf von Mitteln aus dem Berliner Programm für nachhaltige Stadtentwicklung sowie Fördermittel für Entsiegelungen, Baumpflanzungen sowie anderen Klimaanpassungsmaßnahmen aus dem Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz (ANK) geprüft werden.

Berlin, den 13.11.2025

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Fraktion der SPD
 Bündnis90/ Die Grünen: gez. BV Almuth Tharan, BV Paul Schlüter, BV Jan Drewitz, BV Axel Lüssow
 SPD: Marc Lenkeit

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

☐ beschlossen
☐ beschlossen mit Änderung
☐ abgelehnt
☐ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

☐	einstimmig
x	mehrheitlich
28	Ja-Stimmen
17	Gegenstimmen
0	Enthaltungen

x überwiesen in den Ausschuss für
 mitberatend in den Ausschuss für
 sowie in den Ausschuss für

Mobilität und öffentliche Ordnung
 Stadtentwicklung, Bebauungspläne und Genehmigungen
 Klimaschutz, Grünanlagen, Spielplätze, Umwelt und Natur

federführend

Begründung:

Das Umfeld des Senefelder Platzes leidet unter einem Mangel an öffentlichen Grünflächen (die Versorgung mit öffentlichen, wohnungsnahen Grünanlagen ist lt. Umweltatlas „schlecht“) und öffentlichen Aufenthaltsräumen. Die versiegelte Parkplatzfläche zwischen Schönhauser Allee 18 und Kollwitzstraße 17 bietet Potenzial zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität und des Mikroklimas in diesem dicht bebauten Stadtgebiet. Die Umwandlung von Parkplätzen in klimaangepasste, begrünte Freiräume führt nachweislich zu einer Verbesserung der Gesundheit durch Hitzeschutz sowie erhöhten Lebensqualität im Stadtquartier. Die Regenwasseragentur Berlin dokumentiert erfolgreiche Entsiegelungsprojekte, die als Vorbilder dienen können. Durch die Schaffung von Versickerungsmöglichkeiten wird zudem ein Beitrag zum dezentralen Regenwassermanagement („Schwammstadt“) geleistet, was angesichts zunehmender Starkregenereignisse von wachsender Bedeutung ist. Die vorgeschlagene Maßnahme fügt sich in die sowohl in den Pankower Hitzeaktionsplan sowie das Pankower Klimaschutzkonzept ein und trägt zur Reduzierung von Hitzeinseln bei. Förderungen wie „Natürlicher Klimaschutz für Kommunen“ aus dem „Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz“ haben für Berlin eine Förderquote von bis zu 90%.

Bitte nach Beratung zeitnah zurück an das Büro der BVV

Büro der Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

14.11.25

Nachweis über den Bearbeitungsstand von in Ausschüsse überwiesenen Drucksachen

Drucksachennummer: IX-1280 3. Ausfertigung

**Betreff: Entsiegelung und Begrünung durch Umgestaltung des Parkplatzes am Senefelder Platz
zur Steigerung der Aufenthaltsqualität**

Die Drucksache wird überwiesen in den Ausschuss für (*federführend*):

Mobilität und öffentliche Ordnung

sowie in den Ausschuss für

**Klimaschutz, Grünanlagen, Spielplätze, Umwelt und Natur
Stadtentwicklung, Bebauungspläne und Genehmigungen**

Wählen Sie ein Element aus.

Ergebnis der Ausschusssitzung am [Klicken Sie hier](#), um ein Datum einzugeben.

☐ vom Einreicher **zurückgezogen**

Unterschrift Einreicher: _____

☐ **vertagt**

im Ausschuss abgelehnt ☐

JA NEIN Enthaltungen

mit Änderungen beschlossen ☐

JA NEIN Enthaltungen

ohne Änderungen im Ausschuss beschlossen ☒

JA NEIN Enthaltungen

Text Beschlussempfehlung:

Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

Begründung des Ausschusses:

Der Ausschuss hat die Drucksache in seiner Sitzung am 20.11.2025 beraten. Die Mitglieder des Ausschusses stellten fest, dass im stark besiedelten Gebiet im Prenzlauer Berg ein Mangel an öffentlichen Grünflächen und Aufenthaltsräumen besteht. Eine Entsiegelung von Parkplätzen und die Umwandlung in klimaangepasste Freiraumen trägt zur Verbesserung der Lebensqualität im Stadtquartier bei. Die Anpflanzung von klimaresistenten Bäumen und Pflanzen könnten einen Hitzeschutz bilden. Dieser Standpunkt wird von einigen Mitgliedern auf Grund der Lage des Parkplatzes bezweifelt. Der Ausschuss stellt in der Debatte auch fest, dass durch die unmittelbare Nähe der Schönhauser Allee es schwierig ist eine ruhigen Erholungspunkt zu gestalten.

Der Ausschuss empfiehlt die Annahme der Drucksache mehrheitlich.

Bitte nach Beratung zeitnah zurück an das Büro der BVVBüro der Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

14.11.25

Nachweis über den Bearbeitungsstand von in Ausschüsse überwiesenen Drucksachen**Drucksachennummer: IX-1280 3. Ausfertigung****Betreff: Entsiegelung und Begrünung durch Umgestaltung des Parkplatzes am Senefelder Platz
zur Steigerung der Aufenthaltsqualität**Die Drucksache wird überwiesen in den Ausschuss für (*federführend*):**Mobilität und öffentliche Ordnung**

sowie in den Ausschuss für

**Klimaschutz, Grünanlagen, Spielplätze, Umwelt und Natur
Stadtentwicklung, Bebauungspläne und Genehmigungen**

Wählen Sie ein Element aus.

Ergebnis der Ausschusssitzung am [Klicken Sie hier](#), um ein Datum einzugeben.☐ vom Einreicher **zurückgezogen**

Unterschrift Einreicher: _____

☐ **vertagt****im Ausschuss abgelehnt** ☐JA NEIN Enthaltungen **mit Änderungen beschlossen** ☐JA NEIN Enthaltungen **ohne Änderungen im Ausschuss beschlossen** ☒JA NEIN Enthaltungen

Text Beschlussempfehlung:

Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

Begründung des Ausschusses:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bebauungspläne und Genehmigungen hat sich in der Sitzung vom 07.01.2026 mit der Drucksache befasst. Nach einigen Verständnisfragen hat sich kein weiterer Debattenbedarf gezeigt und die Drucksache wurde mehrheitlich zur Annahme Empfohlen.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-1304**Antrag**

Linksfraktion

Ursprung:

Antrag, Linksfraktion

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

10.12.2025 BVV

BVV/035/IX

Betreff: Gemeinsam für Kinder und Jugendliche – Eine BVV-Sitzung im Jahr für die Anliegen unserer jüngsten Bürger*innen

Die BVV möge beschließen:

Die Bezirksverordnetenversammlung Pankow beschließt, einmal jährlich eine außerordentliche Sitzung zu kinder- und jugendpolitischen Themen durchzuführen.

Das Bezirksamt soll in dessen Bericht zur Sitzung insbesondere auf die Umsetzung des Aktionsplanes der Kinderfreundlichen Kommune eingehen. Nach Abschluss der Umsetzung des Aktionsplanes, soll das Bezirksamt darlegen, wie die Umsetzungen erhalten und gestärkt werden und welche weiteren geschäfts- und fachbereichsübergreifenden Maßnahmen erarbeitet werden, um die Pankower Kinder, Jugendlichen, jungen Erwachsenen und Familien in ihren Rechten zu stärken und gezielt zu unterstützen. Im Weiteren sind auch die Berliner Leitlinien für eine kinder- und jugendfreundliche Stadt und sich daraus ergebene Umsetzungen und Maßnahmen darzulegen und voranzutreiben.

Die Fachausschüsse der Bezirksverordnetenversammlung, sollen analog mindestens einmal jährlich im Rahmen ihrer ordentlichen Sitzungen zu den Umsetzungen der Kinderfreundlichen Kommune und weiteren Vorhaben, die ihre Themengebiete mit einschließen, beraten und sich ebenfalls daran beteiligen fachübergreifende Maßnahmen für die jüngsten Mitbürger*innen zu realisieren.

Die Fraktionen sind im Rahmen der geforderten Sondersitzung der Bezirksverordnetenversammlung mit Schwerpunkt auf Kinder- und Jugendpolitik angehalten themenspezifische Anträge einzubringen, die die Umsetzung der Kinderrechte in Pankow vorantreiben: das Recht auf Gleichheit, Fürsorge und Förderung, Bildung und Meinungsbildung, Teilhabe und Beteiligung, Gesundheitsversorgung, gewaltfreies Aufwachsen, besonderen Schutz und Hilfe sowie das Recht auf Spiel und Freizeit.

Kindern und Jugendlichen soll im Rahmen der Sitzung die Möglichkeit gegeben werden, Fragen zu stellen und sich an den Debatten zu beteiligen.

Berlin, den 02.12.2025

Einreicher: Linksfraktion,
BV Maria Bigos, BV Maximilian Schirmer

Begründung siehe Rückseite

siehe 2. Ausfertigung

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
_____ beschlossen mit Änderung
_____ abgelehnt
_____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ einstimmig
_____ mehrheitlich
_____ Ja-Stimmen
_____ Gegenstimmen
_____ Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
_____ mitberatend in den Ausschuss für
_____ sowie in den Ausschuss für

Begründung:

2019 beschloss die Bezirksverordnetenversammlung, das Pankow sich auf die Auszeichnung als „Kinderfreundliche Kommune“ der Vereinten Nationen bewerben solle. Der Bezirk machte sich dann zwischen 2020 und 2023 auf den Weg und erarbeitete in einem umfangreichen Erarbeitungs- und Beteiligungsverfahren einen Aktionsplan. 2024 wurde Pankow dann endlich das UN-Siegel der Kinderfreundlichen Kommune verliehen. Diesen Aktionsplan gilt es bis 2027 umzusetzen. Die umgesetzten Maßnahmen sollen jedoch langfristig und somit auch über 2027 wirken, um aus Pankow einen grundlegend kinderfreundlichen Bezirk zu machen. Im Zentrum steht die Verwirklichung der UN-Kinderrechtskonvention, die in Deutschland seit 2010 uneingeschränkt gelten. Die Umsetzung des Aktionsplanes erfordert ein geschäfts- und fachbereichsübergreifendes Agieren, wie bspw. bei der sozialräumlichen Öffnung von Schulen oder der Etablierung von Jugendorten.

Doch auch abseits der kinderfreundlichen Kommune gibt es Vorhaben und vor allem gesetzliche Vorgaben, die nur geschäfts- und fachbereichsübergreifend erfüllt werden können. Der Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdungen wäre ohne Meldekettens und Kooperationen mit Schulen kaum möglich. Die Hilfeplanung benötigt ebenfalls das Zusammenwirken von Akteur*innen aus den unterschiedlichen Fachämtern des Bezirksamtes, Bildungseinrichtungen sowie Sozial- und Jugendhilfeträgern – insbesondere im Übergang in die berufliche Bildung und ins Erwachsenenalter. Die Frühen Hilfen Pankow arbeiten wiederum eng mit dem Gesundheitsamt zusammen und beteiligen sich auch an Kooperationen mit externer medizinischer Expertise, wie der Schreibabyambulanz der Charité. In der Eingliederungshilfe ist insbesondere die Schnittstelle zwischen Jugend und Schule sowie in die Erwachsenenhilfe mit verbindlichen Absprachen auszugestalten, um Zuständigkeitsklärungen zu minimieren und einen nahtlosen Übergang der Hilfen zu gewährleisten. Das Thema Barrierefreiheit ist hinsichtlich ihrer unterschiedlichen Dimensionen bzgl. baulicher und räumlicher, digitaler und kommunikativ-sprachlicher Barrierefreiheit als übergreifende Gesamtaufgabe breit und für alle Altersgruppen zu bearbeiten – das gilt auch für die Verkehrsberuhigung sowie die Schaffung, den Erhalt und die Nutzung von Grünflächen und Naherholungsgebieten im Bezirk.

Um diesem rechtskreisübergreifenden und interdisziplinären Ansatz gerecht zu werden, braucht es eine genauso aufeinander bezogene politische Ausrichtung und Schwerpunktsetzung. Dies ist aber regelmäßig nicht der Fall. In der Praxis wird die Umsetzung der Kinderfreundlichen Kommune und die Ausgestaltung der dazugehörigen Schnittstellenarbeit mehrheitlich im Rahmen der Jugendhilfe verstanden. Dabei legt auch die 1999 erarbeitete Berliner Leitlinie für eine kinder- und jugendfreundliche Stadt fest, dass die Belange von Kindern und Jugendlichen bei Entscheidungen zu berücksichtigen sind; dass der besondere Schutz des Kindeswohls und die Förderung von Kindern und Jugendlichen leitendes Prinzip für jegliches Verwaltungshandeln ist.

Obwohl die BVV selbst beschlossen hat, Pankow zu einer Kinderfreundlichen Kommune zu machen, befasst sie sich selbst zu wenig mit den dazugehörigen Herausforderungen und

Möglichkeiten. Letztlich wurden für die Umsetzung der Kinderfreundlichen Kommune weder personell noch finanziell ausreichend Ressourcen zur Verfügung gestellt. Die Realisierung wesentlicher Ziele der Kinderfreundlichen Kommune ist dadurch stark gehindert bis gefährdet. Insbesondere aber in Zeiten der Politikverdrossenheit, muss der heranwachsenden Generation mit klaren Ergebnissen gespiegelt werden, dass ihr Recht auf Beteiligung nicht nur ein Recht auf ein einfaches Gehörtwerden ist, sondern ein Recht auf Selbstverwirklichung und Selbstermächtigung, das die Politik ernst nimmt, für das die Politik die Rahmenbedingungen setzt und dann auch entsprechende Ergebnisse produziert. Die Beschlussfassung zur Kinderfreundlichen Kommune 2019 war somit nicht das Ende der politischen Arbeit und Verantwortung der BVV bei der Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Pankow, sondern ihr Anfang und vor allem eine Selbstverpflichtung.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

Antrag

Linksfraktion

Ursprung:

Antrag, Linksfraktion

Mitzeichnungen: Bündnis90/ Die Grünen

Beratungsfolge:

10.12.2025 BVV

BVV/035/IX

Betreff: Gemeinsam für Kinder und Jugendliche – Eine BVV-Sitzung im Jahr für die Anliegen unserer jüngsten Bürger*innen

Die BVV möge beschließen:

Die Bezirksverordnetenversammlung Pankow beschließt, einmal jährlich eine außerordentliche Sitzung zu kinder- und jugendpolitischen Themen durchzuführen.

Das Bezirksamt soll in dessen Bericht zur Sitzung insbesondere auf die Umsetzung des Aktionsplanes der Kinderfreundlichen Kommune eingehen. Nach Abschluss der Umsetzung des Aktionsplanes, soll das Bezirksamt darlegen, wie die Umsetzungen erhalten und gestärkt werden und welche weiteren geschäfts- und fachbereichsübergreifenden Maßnahmen erarbeitet werden, um die Pankower Kinder, Jugendlichen, jungen Erwachsenen und Familien in ihren Rechten zu stärken und gezielt zu unterstützen. Im Weiteren sind auch die Berliner Leitlinien für eine kinder- und jugendfreundliche Stadt und sich daraus ergebene Umsetzungen und Maßnahmen darzulegen und voranzutreiben.

Die Fachausschüsse der Bezirksverordnetenversammlung, sollen analog mindestens einmal jährlich im Rahmen ihrer ordentlichen Sitzungen zu den Umsetzungen der Kinderfreundlichen Kommune und weiteren Vorhaben, die ihre Themengebiete mit einschließen, beraten und sich ebenfalls daran beteiligen fachübergreifende Maßnahmen für die jüngsten Mitbürger*innen zu realisieren.

Die Fraktionen sind im Rahmen der geforderten Sondersitzung der Bezirksverordnetenversammlung mit Schwerpunkt auf Kinder- und Jugendpolitik angehalten themenspezifische Anträge einzubringen, die die Umsetzung der Kinderrechte in Pankow vorantreiben: das Recht auf Gleichheit, Fürsorge und Förderung, Bildung und Meinungsbildung, Teilhabe und Beteiligung, Gesundheitsversorgung, gewaltfreies Aufwachsen, besonderen Schutz und Hilfe sowie das Recht auf Spiel und Freizeit.

Kindern und Jugendlichen soll im Rahmen der Sitzung die Möglichkeit gegeben werden, Fragen zu stellen und sich an den Debatten zu beteiligen.

Berlin, den 11.12.2025

Einreicher: Linksfraktion, Bündnis90/ Die Grünen
 Linksfraktion: BV Maria Bigos, BV Maximilian Schirmer
 Fraktion Bündnis90/ Die Grünen: Almuth Tharan, Paul Schlüter

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
 _____ beschlossen mit Änderung
 _____ abgelehnt
 _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

x	einstimmig
	mehrheitlich
47	Ja-Stimmen
0	Gegenstimmen
0	Enthaltungen

x _____ überwiesen in den Ausschuss für
 mitberatend in den Ausschuss für
 sowie in die Ausschüsse für

federführend

Finanzen, Personal, Immobilien und Verwaltungsmodernisierung
 Bürgerdienste und Geschäftsordnung
 Gleichstellung, Beteiligung und Wirtschaftsförderung
 Kinder- und Jugendhilfe
 Klimaschutz, Grünanlagen, Spielplätze, Umwelt und Natur
 Mobilität und öffentliche Ordnung
 Schule und Sport
 Stadtentwicklung, Bebauungspläne und Genehmigungen
 Soziales, Senior*innen und Gesundheit
 Weiterbildung, Kultur und Städtepartnerschaften
 Partizipation und Integration

Begründung:

2019 beschloss die Bezirksverordnetenversammlung, das Pankow sich auf die Auszeichnung als „Kinderfreundliche Kommune“ der Vereinten Nationen bewerben solle. Der Bezirk machte sich dann zwischen 2020 und 2023 auf den Weg und erarbeitete in einem umfangreichen Erarbeitungs- und Beteiligungsverfahren einen Aktionsplan. 2024 wurde Pankow dann endlich das UN-Siegel der Kinderfreundlichen Kommune verliehen. Diesen Aktionsplan gilt es bis 2027 umzusetzen. Die umgesetzten Maßnahmen sollen jedoch langfristig und somit auch über 2027 wirken, um aus Pankow einen grundlegend kinderfreundlichen Bezirk zu machen. Im Zentrum steht die Verwirklichung der UN-Kinderrechtskonvention, die in Deutschland seit 2010 uneingeschränkt gelten. Die Umsetzung des Aktionsplanes erfordert ein geschäfts- und fachbereichsübergreifendes Agieren, wie bspw. bei der sozialräumlichen Öffnung von Schulen oder der Etablierung von Jugendorten.

Doch auch abseits der kinderfreundlichen Kommune gibt es Vorhaben und vor allem gesetzliche Vorgaben, die nur geschäfts- und fachbereichsübergreifend erfüllt werden können. Der Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdungen wäre ohne Meldekettens und Kooperationen mit Schulen kaum möglich. Die Hilfeplanung benötigt ebenfalls das Zusammenwirken von Akteur*innen aus den unterschiedlichen Fachämtern des Bezirksamtes, Bildungseinrichtungen sowie Sozial- und Jugendhilfeträgern – insbesondere im Übergang in die berufliche Bildung und ins Erwachsenenalter. Die Frühen Hilfen Pankow arbeiten wiederum eng mit dem Gesundheitsamt zusammen und beteiligen sich auch an Kooperationen mit externer medizinischer Expertise, wie der Schreibabyambulanz der Charité. In der Eingliederungshilfe ist insbesondere die Schnittstelle zwischen Jugend und Schule sowie in die Erwachsenenhilfe mit verbindlichen Absprachen auszugestalten, um Zuständigkeitsklärungen zu minimieren und einen nahtlosen Übergang der Hilfen zu gewährleisten. Das Thema Barrierefreiheit ist hinsichtlich ihrer unterschiedlichen Dimensionen bzgl. baulicher und räumlicher, digitaler und kommunikativ-sprachlicher Barrierefreiheit als übergreifende Gesamtaufgabe breit und für alle Altersgruppen zu bearbeiten – das gilt auch für die Verkehrsberuhigung sowie die Schaffung, den Erhalt und die Nutzung von Grünflächen und Naherholungsgebieten im Bezirk.

Um diesem rechtskreisübergreifenden und interdisziplinären Ansatz gerecht zu werden, braucht es eine genauso aufeinander bezogene politische Ausrichtung und Schwerpunktsetzung. Dies ist aber regelmäßig nicht der Fall. In der Praxis wird die Umsetzung der Kinderfreundlichen Kommune und die Ausgestaltung der dazugehörigen Schnittstellenarbeit mehrheitlich im Rahmen der Jugendhilfe verstanden. Dabei legt auch die 1999 erarbeitete Berliner Leitlinie für eine kinder- und jugendfreundliche Stadt fest, dass die Belange von Kindern und Jugendlichen bei Entscheidungen zu berücksichtigen sind; dass der besondere Schutz des Kindeswohls und die Förderung von Kindern und Jugendlichen leitendes Prinzip für jegliches Verwaltungshandeln ist.

Obwohl die BVV selbst beschlossen hat, Pankow zu einer Kinderfreundlichen Kommune zu machen, befasst sie sich selbst zu wenig mit den dazugehörigen Herausforderungen und

Möglichkeiten. Letztlich wurden für die Umsetzung der Kinderfreundlichen Kommune weder personell noch finanziell ausreichend Ressourcen zur Verfügung gestellt. Die Realisierung wesentlicher Ziele der Kinderfreundlichen Kommune ist dadurch stark gehindert bis gefährdet. Insbesondere aber in Zeiten der Politikverdrossenheit, muss der heranwachsenden Generation mit klaren Ergebnissen gespiegelt werden, dass ihr Recht auf Beteiligung nicht nur ein Recht auf ein einfaches Gehörtwerden ist, sondern ein Recht auf Selbstverwirklichung und Selbstermächtigung, das die Politik ernst nimmt, für das die Politik die Rahmenbedingungen setzt und dann auch entsprechende Ergebnisse produziert. Die Beschlussfassung zur Kinderfreundlichen Kommune 2019 war somit nicht das Ende der politischen Arbeit und Verantwortung der BVV bei der Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Pankow, sondern ihr Anfang und vor allem eine Selbstverpflichtung.

BV Bohla
BV Lederer
BV Wettig
BV Bigos
BV Maillefert
BV Szidat
BV Gloger
BV Groß
BV Schlüter
BV Blauert
BV Dr. Scharfenberg

Bitte nach Beratung zeitnah zurück an das Büro der BVV

Büro der Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

12.12.25

Nachweis über den Bearbeitungsstand von in Ausschüsse überwiesenen Drucksachen

Drucksachenummer: IX-1304

Betreff: Gemeinsam für Kinder und Jugendliche - Eine BVV-Sitzung im Jahr für die Anliegen unserer jüngsten Bürger*innen

Die Drucksache wird überwiesen in den Ausschuss für (*federführend*):

Finanzen, Immobilien, Personal und Verwaltungsmodernisierung

sowie in den Ausschuss für

Bürgerdienste und Geschäftsordnung

Gleichstellung, Beteiligung und Wirtschaftsförderung

Kinder- und Jugendhilfeausschuss

Klimaschutz, Grünanlagen, Spielplätze, Umwelt und Natur

Mobilität und öffentliche Ordnung

Schule und Sport

Stadtentwicklung, Bebauungspläne und Genehmigungen

Soziales, Senior*innen und Gesundheit

Weiterbildung, Kultur und Städtepartnerschaften

Partizipation und Integration

Ergebnis der Ausschusssitzung am 06.01.2026

☐ vom Einreicher **zurückgezogen**

Unterschrift Einreicher: _____

☐ **vertagt**

im Ausschuss abgelehnt ☐

JA NEIN Enthaltungen

mit Änderungen beschlossen ☒

JA NEIN Enthaltungen

ohne Änderungen im Ausschuss beschlossen ☐

JA NEIN Enthaltungen

Text Beschlussempfehlung:

Der PartInt hat nach ausführlicher Beratung die Drucksache in der vorliegenden Form beschlossen bei 7 JA-, 3 NEIN-Stimmen und 1 Enthaltung.

Begründung des Ausschusses:

Die Diskussion im PartInt rankte um die Frage inwieweit die Themen von Kindern und Jugendlichen gut abgebildet seien und welche weiteren Maßnahmen wie ggf. ein Kinder- und Jugendparlament zusätzlich noch gut wären, damit Kinder und Jugendliche ihre Interessen vertreten können. Mehrheitlich bestand die wie im Antrag begründete Idee, dass Kinder und Jugendliche auch Themen mitbrächten bzw. für diese existieren, welche Ausschuss-übergreifend sind und genauso wie Senioren- oder Frauenschutzthemen auch einmal explizit in einer eigenen BVV-Sitzung behandelt werden könnten. Das wiederum sollte aber nicht dazu führen, entsprechende Anträge lange für diesen Anlass aufzuschieben. Andererseits wurde argumentiert, dass mit dem Kinder- und Jugendhilfeausschuss ein eigenes Gremium besteht, welches eigene Rechte hat, immer tagt und für dieses ausführliche Diskussionen hinsichtlich dessen Beteiligung geführt worden sind. Die Beteiligung des Kinder- und Jugendhilfeausschusses sichere für sämtliche Themen und Drucksachen die Beratung auch aus der Perspektive von Kindern und Jugendlichen.

Ausschuss für Soziales, Senior*innen und Gesundheit
Beschlussempfehlung
Drucksache: IX-1304

Der Ausschuss für Soziales, Senior*innen und Gesundheit hat sich mit der Drucksache IX-1304 “ Gemeinsam für Kinder und Jugendliche - Eine BVV-Sitzung im Jahr für die Anliegen unserer jüngsten Bürger*innen”

Die einreichende Fraktion hat den Antrag eingebracht und aufgrund der Klarheit der Sache auf weitere Ausführungen verzichtet.

In der Debatte wurden Bedenken zur Vereinbarkeit mit der Geschäftsordnung und dem Bezirksverwaltungsgesetz angeführt und geäußert, dass das Angebot eines gesonderten Tagesordnungspunktes im Kinder- und Jugendhilfeausschuss regelmäßig entfällt, weil es scheinbar keinen Bedarf gibt. Darüber hinaus wurde in der Debatte die Frage gestellt, wer die Koordination übernehmen soll, da es bei den seniorenpolitischen Leitlinien ein hohes Engagement gab und das auch in diesem Fall aufgebracht werden müsste.

Für den Antrag wurde noch angeführt, dass Pankow sich verpflichtet hat, eine kinderfreundliche Kommune werden zu wollen und in diesem Prozess eine ernsthafte Beteiligung eine wichtige und wesentliche Säule ist.

Der Antrag wurde ohne Änderungen abgestimmt und der Ausschuss empfiehlt bei 7 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung die Annahme der Drucksache.

Gez.
Ausschussvorsitzender

Paul

Schlüter

BV Bohla
BV Lederer
BV Wettig
BV Bigos
BV Maillefert
BV Szidat
BV Gloger
BV Groß
BV Schlüter
BV Blauert
BV Dr. Scharfenberg

Bitte nach Beratung zeitnah zurück an das Büro der BVV

Büro der Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

12.12.25

Nachweis über den Bearbeitungsstand von in Ausschüsse überwiesenen Drucksachen

Drucksachenummer: IX-1304

Betreff: Gemeinsam für Kinder und Jugendliche - Eine BVV-Sitzung im Jahr für die Anliegen unserer jüngsten Bürger*innen

Die Drucksache wird überwiesen in den Ausschuss für (*federführend*):

Finanzen, Immobilien, Personal und Verwaltungsmodernisierung

sowie in den Ausschuss für

Bürgerdienste und Geschäftsordnung

Gleichstellung, Beteiligung und Wirtschaftsförderung

Kinder- und Jugendhilfeausschuss

Klimaschutz, Grünanlagen, Spielplätze, Umwelt und Natur

Mobilität und öffentliche Ordnung

Schule und Sport

Stadtentwicklung, Bebauungspläne und Genehmigungen

Soziales, Senior*innen und Gesundheit

Weiterbildung, Kultur und Städtepartnerschaften

Partizipation und Integration

Ergebnis der Ausschusssitzung am [Klicken Sie hier](#), um ein Datum einzugeben.

☐ vom Einreicher **zurückgezogen**

Unterschrift Einreicher:

☐ **vertagt**

im Ausschuss abgelehnt ☐

JA

NEIN

Enthaltungen

mit Änderungen beschlossen ☐

JA

NEIN

Enthaltungen

ohne Änderungen im Ausschuss beschlossen ☐

JA

NEIN

Enthaltungen

Text Beschlussempfehlung:

Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

Begründung des Ausschusses:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bebauungspläne und Genehmigungen hat sich in seiner Sitzung vom 07.01.2026 mit der Drucksache befasst. Nach dem die einreichende Fraktion insbesondere auf den 3. Punkt des Antrags hingewiesen hat und diesen in der Zuständigkeit des Fachausschusses sieht ergab sich kein weiterer Debattenbedarf durch die Mitglieder des Ausschusses und dieser empfiehlt mehrheitlich die Annahme der Drucksache.

Berlin 17.02.2026

Stellungnahme
des Ausschusses für Schule und Sport

Zur Drucksache **IX-1304**

**Gemeinsam für Kinder und Jugendliche - Eine BVV-Sitzung im Jahr
für die Anliegen unserer jüngsten Bürger*innen**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sehr geehrter Kollege Vorsitzender Bohla,

Der Ausschuss für Schule und Sport hat in seiner Sitzung vom 11.02.2026 die Drucksache IX-1304 „Gemeinsam für Kinder und Jugendliche - Eine BVV-Sitzung im Jahr für die Anliegen unserer jüngsten Bürger*innen“ beraten.

Der Ausschuss konnte sich dem Anliegen der Drucksache mehrheitlich mit 7 JA Stimmen, 4 NEIN Stimmen und 1 ENTHALTUNG anschließen, ist jedoch der Auffassung, dass es textliche Anpassungen durch den Jugendhilfeausschuss und gegebenenfalls auch durch den Finanzausschuss braucht.

Es gab großen Zuspruch zur Entwicklung eines Jugendgremiums. Unterschiedliche Auffassungen gab es darüber, ob und welche zusätzliche Beteiligungsformate es über die bereits vorhandenen Formate hinaus braucht. Wie etwa die Jugendkonferenz als konkrete Massnahme aus dem Aktionsplan Kinderfreundliche Kommune. Dort können Jugendliche ihre Anliegen direkt mit der Jugendstadträtin und der Bürgermeisterin besprechen. Es wurde die Frage aufgeworfen, ob ein BVV-Antrag ohne die vorherige Beteiligung von Kindern und Jugendlichen überhaupt der richtige Weg sei, sich dem Thema Jugendgremien zu nähern. Es wurde daran erinnert, dass erst vor wenigen Jahren eine Jugendbefragung dazu stattgefunden hat. Dort hatten sich die Jugendlichen selbst gegen die Initiative für ein BVV-Format ausgesprochen. Aus Sicht des Ausschusses für Schule und Sport sollte der Antrag im KJHA textlich dahingehend angepasst werden, dass er die Frage eines Jugendgremiums für Pankow offener formuliert. Denn ein Jugendgremium kann vieles sein. Zum Beispiel können damit gemeint sein: Jugend BVVen, ein Jugendparlament, oder ein Jugendbeirat. Entscheidend ist, dass die Jugendlichen und der Bezirksschüler*innenausschuss dazu befragt werden, was sie brauchen und was sie sich wünschen. Neben dem Aspekt eines bedarfsorientierten Jugendgremiums steht auch die finanzielle Frage im Raum. Die Akademie für Kinder- und Jugendparlamente der Servicestelle Jugendbeteiligung, welche die Berliner Bezirke bei der Initiierung von Jugendgremien berät, empfiehlt dringend, für diese Aufgabe mindestens 1/4 bis 1/2 VZÄ im Bezirkshaushalt bereitzustellen. Die Servicestelle ist sogar der Auffassung, dass ohne zusätzliche finanzielle und personelle Ressourcen von der Einrichtung eines Jugendgremiums abzuraten sei. Die Mitarbeitenden des Kinder- und Jugendbüros hatten bereits im Jugendhilfeausschuss und im Schulausschuss erklärt, dass sie keine Kapazitäten für die Organisation eines zusätzlichen Jugendgremiums haben. Der Ausschuss erachtet es für sinnvoll, nach der ablehnenden Haltung der Jugendlichen während der Pandemie, erneut Kontakt mit den Pankower Jugendvertretungen, wie etwa dem

Berlin 17.02.2026

Bezirksschüler*innenausschuss, aufzunehmen und nachzufragen, ob sich deren Position mittlerweile geändert hat.

Der Ausschuss für Schule und Sport empfiehlt, die Drucksache im oben beschriebenen Sinne im KJHA und im Finanzausschuss textlich anzupassen und ihr die Zustimmung zu erteilen.

Für den Ausschuss:

Karsten Dirk Gloger
Vorsitzender



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-1305

Antrag

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ursprung:

Antrag, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

10.12.2025 BVV

BVV/035/IX

Betreff: Blankenburger Süden – Tram-Anschluss zum S-Bahnhof Blankenburg

Die BVV möge beschließen:

Dem Bezirksamt wird empfohlen, sich beim Senat für eine leistungsfähige, schienengebundene Anbindung des Blankenburger Südens weiterhin für eine Tramverbindung vom neuen Stadtquartier auch zum S-Bahnhof Blankenburg einzusetzen.

Dies ist notwendig, da in der von der Senatsverwaltung veröffentlichten Überarbeitung des Struktur- und Nutzungskonzeptes überhaupt kein Anschluss der Tram an den S-Bahnhof Blankenburg mehr vorgesehen ist.

Deshalb bekräftigt die BVV den BVV-Beschluss VIII-1095 und ersucht das Bezirksamt, alle Möglichkeiten auszuschöpfen und diesen Anschluss auch bei der Fortführung des Rahmenplans Blankenburg nach BVV-Beschluss VIII-1412 weiterhin vorzusehen.

Berlin, den 02.12.2025

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,
 gez. BV Paul Schlüter, BV Almuth Tharan, BV Axel Lüssow

Begründung siehe Rückseite

siehe 3. Ausfertigung

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
 _____ beschlossen mit Änderung
 _____ abgelehnt
 _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ einstimmig
 _____ mehrheitlich
 _____ Ja-Stimmen
 _____ Gegenstimmen
 _____ Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
 _____ mitberatend in den Ausschuss für
 _____ sowie in den Ausschuss für

Begründung:

Mit dem Beschluss VIII-1095 [1] vom 4.3.2020 hatte die BVV einen Anschluss des Blankenburger Südens an den S-Bahnhof Blankenburg mit einer Straßenbahnführung über Schäferstege und Blankenburger Bahnhofstraße festgelegt, für die teilweise Grundstücke der Erholungsanlage zwischen Blankenburger Bahnhofstraße und Waldammerweg in Anspruch genommen werden sollten. Das Bezirksamt nennt im Schlussbericht zur BVV am 1.9.2021 mehrere Planungsvarianten – aber gab es zwischen Senatsverwaltung und Bezirksamt damals keinen Dissens, dass es einen solchen Anschluss geben soll.

Beim Rahmenplan Blankenburg [2] auf Basis des BVV-Beschlusses VIII-1412 [3] vom 16.6.2021 beschreibt das Bezirksamt in einem Zwischenbericht den Untersuchungsbedarf für eine Strangverlängerung M2 nach Blankenburg. In der Präsentation [4] am 9.4.2025 im Ausschuss für Stadtentwicklung enthält das MIV Zielnetz weiterhin die „Prüfung“ und Qualifizierung der Bahnhofstraße. Gleichzeitig veröffentlichte die Senatsverwaltung jedoch eine erneute Überarbeitung des Struktur- und Nutzungskonzeptes, das überhaupt keinen Anschluss der Tram an den S-Bahnhof Blankenburg mehr vorsieht [5]. Im letzten Zwischenbericht zum Rahmenplan Blankenburg zur BVV am 12.11.2025 findet der Tram-Anschluss zum S-Bahnhof Blankenburg keine Erwähnung.

Für die ausreichende Erschließung des Blankenburger Südens ist weiterhin der Anschluss der Tram zum S-Bahnhof Blankenburg sinnvoll – und daher ist es notwendig, den Beschluss VIII-1095, auch nach mehrfach geänderter Planung des Senats, erneut zu bekräftigen. Die Verlängerung der Tram zum S-Bahnhof Blankenburg läuft der aktuellen städtebaulichen Planung [6] nicht zuwider, sondern verbessert mit einer direkten Anbindung das Potenzial zur Schaffung des dringend benötigten, bezahlbaren Wohnraums in Pankow.

Abbildung 1: Rahmenplan Blankenburg [4]



Abbildung 2: Struktur - und Nutzungskonzept [5]



[1] https://bvv-pankow.berlin.de/pi-r/vo020_r.asp?VOLFDNR=5443

[2] <https://www.berlin.de/ba-pankow/politik-und-verwaltung/aemter/stadtentwicklungsamt/stadtplanung/artikel.1454837.php>

[3] https://bvv-pankow.berlin.de/pi-r/vo020_r.asp?VOLFDNR=5761

[4] https://bvv-pankow.berlin.de/pi-r/to010_r.asp?SILFDNR=8466

[5] <https://www.berlin.de/sen/stadtentwicklung/neue-stadtquartiere/blankenburger-sueden/planungsprozess/>

[6] <https://www.berlin.de/sen/sbw/presse/pressemeldungen/pressemitteilung.1598362.php>



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

2. Ausfertigung
IX-1305

Antrag

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ursprung:

Antrag, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

10.12.2025 BVV

BVV/035/IX

Betreff: Blankenburger Süden – Tram-Anschluss zum S-Bahnhof Blankenburg

Die BVV möge beschließen:

Dem Bezirksamt wird empfohlen, sich beim Senat für eine leistungsfähige, schienengebundene Anbindung des Blankenburger Südens weiterhin für eine Tramverbindung vom neuen Stadtquartier auch zum S-Bahnhof Blankenburg einzusetzen.

Dies ist notwendig, da in der von der Senatsverwaltung veröffentlichten Überarbeitung des Struktur- und Nutzungskonzeptes überhaupt kein Anschluss der Tram an den S-Bahnhof Blankenburg mehr vorgesehen ist.

Deshalb bekräftigt die BVV den BVV-Beschluss VIII-1095 und ersucht das Bezirksamt, alle Möglichkeiten auszuschöpfen und diesen Anschluss auch bei der Fortführung des Rahmenplans Blankenburg nach BVV-Beschluss VIII-1412 weiterhin vorzusehen.

Berlin, den 05.12.2025

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,
 gez. BV Paul Schlüter, BV Almuth Tharan, BV Silke Gänger, BV Axel Lüssow

Begründung siehe Rückseite

siehe 3. Ausfertigung

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
 _____ beschlossen mit Änderung
 _____ abgelehnt
 _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ einstimmig
 _____ mehrheitlich
 _____ Ja-Stimmen
 _____ Gegenstimmen
 _____ Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
 _____ mitberatend in den Ausschuss für
 _____ sowie in den Ausschuss für

Begründung:

Mit dem Beschluss VIII-1095 [1] vom 4.3.2020 hatte die BVV einen Anschluss des Blankenburger Südens an den S-Bahnhof Blankenburg mit einer Straßenbahnführung über Schäferstege und Blankenburger Bahnhofstraße festgelegt, für die teilweise Grundstücke der Erholungsanlage zwischen Blankenburger Bahnhofstraße und Waldammerweg in Anspruch genommen werden sollten. Das Bezirksamt nennt im Schlussbericht zur BVV am 1.9.2021 mehrere Planungsvarianten – aber gab es zwischen Senatsverwaltung und Bezirksamt damals keinen Dissens, dass es einen solchen Anschluss geben soll.

Beim Rahmenplan Blankenburg [2] auf Basis des BVV-Beschlusses VIII-1412 [3] vom 16.6.2021 beschreibt das Bezirksamt in einem Zwischenbericht den Untersuchungsbedarf für eine Strangverlängerung M2 nach Blankenburg. In der Präsentation [4] am 9.4.2025 im Ausschuss für Stadtentwicklung enthält das MIV Zielnetz weiterhin die „Prüfung“ und Qualifizierung der Bahnhofstraße. Gleichzeitig veröffentlichte die Senatsverwaltung jedoch eine erneute Überarbeitung des Struktur- und Nutzungskonzeptes, das überhaupt keinen Anschluss der Tram an den S-Bahnhof Blankenburg mehr vorsieht [5]. Im letzten Zwischenbericht zum Rahmenplan Blankenburg zur BVV am 12.11.2025 findet der Tram-Anschluss zum S-Bahnhof Blankenburg keine Erwähnung.

Für die ausreichende Erschließung des Blankenburger Südens ist weiterhin der Anschluss der Tram zum S-Bahnhof Blankenburg sinnvoll – und daher ist es notwendig, den Beschluss VIII-1095, auch nach mehrfach geänderter Planung des Senats, erneut zu bekräftigen. Die Verlängerung der Tram zum S-Bahnhof Blankenburg läuft der aktuellen städtebaulichen Planung [6] nicht zuwider, sondern verbessert mit einer direkten Anbindung das Potenzial zur Schaffung des dringend benötigten, bezahlbaren Wohnraums in Pankow.



Abbildung 1: Rahmenplan Blankenburg [4]



Abbildung 2: Struktur - und Nutzungskonzept [5]

[1] https://bvv-pankow.berlin.de/pi-r/vo020_r.asp?VOLFDNR=5443

[2] <https://www.berlin.de/ba-pankow/politik-und-verwaltung/aemter/stadtentwicklungsamt/stadtplanung/artikel.1454837.php>

[3] https://bvv-pankow.berlin.de/pi-r/vo020_r.asp?VOLFDNR=5761

[4] https://bvv-pankow.berlin.de/pi-r/to010_r.asp?SILFDNR=8466

[5] <https://www.berlin.de/sen/stadtentwicklung/neue-stadtquartiere/blankenburger-sueden/planungsprozess/>

[6] <https://www.berlin.de/sen/sbw/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung.1598362.php>



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

3. Ausfertigung
IX-1305

Antrag

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ursprung:

Antrag, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mitzeichnungen: Gruppe der FDP

Beratungsfolge:

10.12.2025 BVV

BVV/035/IX

Betreff: Blankenburger Süden – Tram-Anschluss zum S-Bahnhof Blankenburg

Die BVV möge beschließen:

Dem Bezirksamt wird empfohlen, sich beim Senat für eine leistungsfähige, schienengebundene Anbindung des Blankenburger Südens weiterhin für eine Tramverbindung vom neuen Stadtquartier auch zum S-Bahnhof Blankenburg einzusetzen.

Dies ist notwendig, da in der von der Senatsverwaltung veröffentlichten Überarbeitung des Struktur- und Nutzungskonzeptes überhaupt kein Anschluss der Tram an den S-Bahnhof Blankenburg mehr vorgesehen ist.

Deshalb bekräftigt die BVV den BVV-Beschluss VIII-1095 und ersucht das Bezirksamt, alle Möglichkeiten auszuschöpfen und diesen Anschluss auch bei der Fortführung des Rahmenplans Blankenburg nach BVV-Beschluss VIII-1412 weiterhin vorzusehen.

Berlin, den 11.12.2025

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Gruppe der FDP

Fraktion Bündnis90/ Die Grünen: gez. BV Paul Schlüter, BV Almuth Tharan, BV Silke Gänger, BV Axel Lüssow

Gruppe der FDP: Oliver Simon

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

☒ beschlossen
☐ beschlossen mit Änderung
☐ abgelehnt
☐ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

x	einstimmig
	mehrheitlich
48	Ja-Stimmen
0	Gegenstimmen
0	Enthaltungen

☒ überwiesen in den Ausschuss für
mitberatend in den Ausschuss für
sowie in den Ausschuss für

Mobilität und öffentliche Ordnung

federführend

Begründung:

Mit dem Beschluss VIII-1095 [1] vom 4.3.2020 hatte die BVV einen Anschluss des Blankenburger Südens an den S-Bahnhof Blankenburg mit einer Straßenbahnführung über Schäferstege und Blankenburger Bahnhofstraße festgelegt, für die teilweise Grundstücke der Erholungsanlage zwischen Blankenburger Bahnhofstraße und Waldammerweg in Anspruch genommen werden sollten. Das Bezirksamt nennt im Schlussbericht zur BVV am 1.9.2021 mehrere Planungsvarianten – aber gab es zwischen Senatsverwaltung und Bezirksamt damals keinen Dissens, dass es einen solchen Anschluss geben soll.

Beim Rahmenplan Blankenburg [2] auf Basis des BVV-Beschlusses VIII-1412 [3] vom 16.6.2021 beschreibt das Bezirksamt in einem Zwischenbericht den Untersuchungsbedarf für eine Strangverlängerung M2 nach Blankenburg. In der Präsentation [4] am 9.4.2025 im Ausschuss für Stadtentwicklung enthält das MIV Zielnetz weiterhin die „Prüfung“ und Qualifizierung der Bahnhofstraße. Gleichzeitig veröffentlichte die Senatsverwaltung jedoch eine erneute Überarbeitung des Struktur- und Nutzungskonzeptes, das überhaupt keinen Anschluss der Tram an den S-Bahnhof Blankenburg mehr vorsieht [5]. Im letzten Zwischenbericht zum Rahmenplan Blankenburg zur BVV am 12.11.2025 findet der Tram-Anschluss zum S-Bahnhof Blankenburg keine Erwähnung.

Für die ausreichende Erschließung des Blankenburger Südens ist weiterhin der Anschluss der Tram zum S-Bahnhof Blankenburg sinnvoll – und daher ist es notwendig, den Beschluss VIII-1095, auch nach mehrfach geänderter Planung des Senats, erneut zu bekräftigen. Die Verlängerung der Tram zum S-Bahnhof Blankenburg läuft der aktuellen städtebaulichen Planung [6] nicht zuwider, sondern verbessert mit einer direkten Anbindung das Potenzial zur Schaffung des dringend benötigten, bezahlbaren Wohnraums in Pankow.

Abbildung 1: Rahmenplan Blankenburg [4]





Abbildung 2: Struktur - und Nutzungskonzept [5]

[1] https://bvv-pankow.berlin.de/pi-r/vo020_r.asp?VOLFDNR=5443

[2] <https://www.berlin.de/ba-pankow/politik-und-verwaltung/aemter/stadtentwicklungsamt/stadtplanung/artikel.1454837.php>

[3] https://bvv-pankow.berlin.de/pi-r/vo020_r.asp?VOLFDNR=5761

[4] https://bvv-pankow.berlin.de/pi-r/to010_r.asp?SILFDNR=8466

[5] <https://www.berlin.de/sen/stadtentwicklung/neue-stadtquartiere/blankenburger-sueden/planungsprozess/>

[6] <https://www.berlin.de/sen/sbw/presse/pressemeldungen/pressemitteilung.1598362.php>



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-1306

Antrag

Fraktion der CDU

Ursprung:

Antrag, Fraktion der CDU

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

10.12.2025 BVV

BVV/035/IX

**Betreff: Verkehrssicherheit an der Einmündung Malchower Straße Ecke
 Blankenburger Straße**

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, folgende Maßnahmen zu ergreifen um die Verkehrssituation an der Einmündung Malchower Straße/Blankenburger Straße eindeutiger zu gestalten und damit die Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer, besonders für querende Fußgänger zu verbessern und den Verkehrsfluss zu verbessern:

- Einrichtung eines Halteverbots (Zeichen 286) an den Einmündungen
- Klarstellung der Verkehrssituation bei der Ausfahrt aus der Malchower Straße auf die Blankenburger Straße, nach Möglichkeit durch Fahrbahnmarkierungen.

Berlin, den 02.12.2025

Einreicher: Fraktion der CDU,
 Denise Bittner und die weiteren Mitglieder der CDU-Fraktion

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
 _____ beschlossen mit Änderung
 _____ abgelehnt
 _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

X	einstimmig
	mehrheitlich
47	Ja-Stimmen
0	Gegenstimmen
0	Enthaltungen

x _____ überwiesen in den Ausschuss für
 _____ mitberatend in den Ausschuss für
 _____ sowie in den Ausschuss für

Mobilität und öffentliche Ordnung

federführend

Begründung:

An der Einmündung Malchower Straße / Blankenburger Straße kommt es regelmäßig zu unübersichtlichen und gefährlichen Verkehrssituationen. Fahrzeuge, die zu dicht an der Einmündung parken, behindern sowohl die Sichtbeziehungen zwischen den Verkehrsteilnehmern als auch den reibungslosen Verkehrsfluss. Besonders für querende Fußgänger stellt die aktuelle Situation ein erhöhtes Sicherheitsrisiko dar.

Ein Halteverbot unmittelbar an den Einmündungen würde die Übersichtlichkeit deutlich verbessern und die Sichtachsen freihalten. Ergänzende Fahrbahnmarkierungen oder eine eindeutige Regelung der Vorfahrt könnten zudem Missverständnisse beim Einbiegen oder Ausfahren reduzieren.

Durch diese Maßnahmen kann die Verkehrssicherheit für alle Beteiligten erhöht und gleichzeitig der Verkehrsfluss verbessert werden.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-1318

Antrag

Fraktion der SPD

Ursprung:

Antrag, Fraktion der SPD

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

28.01.2026 BVV

BVV/036/IX

Betreff: Leichtere Zugänglichkeit unter dem Magistratsschirm

Die BVV möge beschließen:

Die Bezirksverordnetenversammlung wird ersucht zu prüfen, wie während des geplanten Brückenumbaus in der Schönhauser Allee unter dem Hochbahnviadukt, dem sogenannten Magistratsschirm, temporäre kulturelle und nachbarschaftsbezogene Nutzungen ermöglicht werden kann.

Das Bezirksamt wird dazu ersucht, zu prüfen, ob die von ihm identifizierten Flächen für temporäre Aktivitäten unter dem Hochbahnviadukt der Schönhauser Allee

- durch temporäre Öffnungen der Sicherheitsbügel zur vom Verkehr jeweils nicht genutzten Straßenseite
- durch Beseitigung der Sicherheitsbügel unter dem Viadukt zwischen den Durchfahrten Gneiststraße sowie Cantianstraße
- durch temporäre Lichtinstallationen am und unter dem Viadukt
- durch temporäre Nutzbarkeit des verkehrsgesperzten Straßenabschnitts

für Anwohnende, Besuchende und Anliefernde leichter zugänglich gemacht werden können.

Berlin, den 20.01.2026

Einreicher: Fraktion der SPD,
 Katja Ahrens, Marc Lenkeit

siehe 2. Ausfertigung

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
 _____ beschlossen mit Änderung
 _____ abgelehnt
 _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ einstimmig
 _____ mehrheitlich
 _____ Ja-Stimmen
 _____ Gegenstimmen
 _____ Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
 _____ mitberatend in den Ausschuss für
 _____ sowie in den Ausschuss für

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:	Abstimmungsverhalten: einstimmig mehrheitlich Ja-Stimmen Gegenstimmen Enthaltungen
beschlossen beschlossen mit Änderung abgelehnt zurückgezogen	
überwiesen in den Ausschuss für mitberatend in den Ausschuss für sowie in den Ausschuss für	

federführend

Begründung:

In der VzK zur Erledigung des BVV-Beschlusses IX -1174 zur kulturellen Nutzung der Schönhauser Allee unter dem Hochbahnviadukt während der Brückensanierung am S- und U-Bahn Schönhauser Allee hat das Bezirksamt ab Höhe Gleimstraße nach Süden und ab Höhe Schivelbeiner Straße nach Norden Flächen zur temporären Nutzung identifiziert. Während der Bauarbeiten bleibt nach den Planungen des Senats jeweils eine Fahrbahn für den Verkehr gesperrt (<https://www.berlin.de/sen/uvk/mobilitaet-und-verkehr/infrastruktur/brueckenbau/schoenhauser-allee-bruecke/>). Ziel des Prüfauftrags ist es, jene Flächen für Anwohnende und Besuchende sowie Anliefernde für die Kulturevents leichter zugänglich und über die Lichtinstallation auf die Straße auch abends aufmerksam zu machen. Durch die damit ermöglichten Events kann das Interesse an der Geschäftsstraße Schönhauser Allee auch während der langwierigen Bauarbeiten gehalten werden.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-1318**Änderungsantrag**

Fraktion Bündnis90/ Die Grünen

Ursprung:

Antrag, Fraktion der SPD

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

28.01.2026 BVV

BVV/036/IX

Betreff: Leichtere Zugänglichkeit unter dem Magistratsschirm**Die BVV möge beschließen:**

Die Bezirksverordnetenversammlung wird ersucht zu prüfen, wie während des geplanten Brückenumbaus in der Schönhauser Allee unter dem Hochbahnviadukt, dem sogenannten Magistratsschirm, temporäre kulturelle und nachbarschaftsbezogene Nutzungen ermöglicht werden kann.

Das Bezirksamt wird dazu ersucht, zu prüfen,

ob die von ihm identifizierten Flächen für temporäre Aktivitäten unter dem Hochbahnviadukt der Schönhauser Allee

- durch temporäre Öffnungen der Sicherheitsbügel zur vom Verkehr jeweils nicht genutzten Straßenseite
- durch Beseitigung der Sicherheitsbügel unter dem Viadukt zwischen den Durchfahrten Gneiststraße sowie Cantianstraße
- durch temporäre Lichtinstallationen am und unter dem Viadukt
- durch temporäre Nutzbarkeit des verkehrsgesperrten Straßenabschnitts

- durch besseren Schutz der Flächen unter dem Magistratsschirm vor der Verschmutzung durch Taubenkot, z.B. durch Deckenpanele wie am U-Bahnhof Eberswalder Straße über der Straßenbahn, und unter Einhaltung einer tierschutzgerechten Populationskontrolle

für Anwohnende, Besuchende und Anliefernde leichter zugänglich gemacht werden können und die Aufenthaltsqualität verbessert werden kann.

Berlin, den 28.01.2026

Einreicher: Bündnis 90/ Die Grünen,
gez. Almuth Tharan, Paul Schlüter, Silke Gänger

Abstimmungsergebnis:

☒ beschlossen
☐ beschlossen mit Änderung
☐ abgelehnt
☐ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

x	einstimmig
	mehrheitlich
45	Ja-Stimmen
0	Gegenstimmen
0	Enthaltungen

☒ überwiesen in den Ausschuss für
mitberatend in den Ausschuss für
sowie in den Ausschuss für

Mobilität und öffentliche Ordnung

federführend



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

2. Ausfertigung
IX-1318

Antrag

Fraktion der SPD

Ursprung:

Antrag, Fraktion der SPD

Mitzeichnungen: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Beratungsfolge:

28.01.2026 BVV

BVV/036/IX

Betreff: Leichtere Zugänglichkeit unter dem Magistratsschirm

Die BVV möge beschließen:

Die Bezirksverordnetenversammlung wird ersucht zu prüfen, wie während des geplanten Brückenumbaus in der Schönhauser Allee unter dem Hochbahnviadukt, dem sogenannten Magistratsschirm, temporäre kulturelle und nachbarschaftsbezogene Nutzungen ermöglicht werden kann.

Das Bezirksamt wird dazu ersucht, zu prüfen,

ob die von ihm identifizierten Flächen für temporäre Aktivitäten unter dem Hochbahnviadukt der Schönhauser Allee

- durch temporäre Öffnungen der Sicherheitsbügel zur vom Verkehr jeweils nicht genutzten Straßenseite
- durch Beseitigung der Sicherheitsbügel unter dem Viadukt zwischen den Durchfahrten Gneiststraße sowie Cantianstraße
- durch temporäre Lichtinstallationen am und unter dem Viadukt
- durch temporäre Nutzbarkeit des verkehrsgesperrten Straßenabschnitts

für Anwohnende, Besuchende und Anliefernde leichter zugänglich gemacht werden können.

Berlin, den 29.01.2026

Einreicher: Fraktion der SPD, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Fraktion der SPD: Katja Ahrens, Marc Lenkeit

Fraktion Bündnis90/ Die Grünen: Almuth Tharan, Christoph Göring

Abstimmungsergebnis:

☒ beschlossen

☐ beschlossen mit Änderung

☐ abgelehnt

☐ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

x	einstimmig
	mehrheitlich
45	Ja-Stimmen
0	Gegenstimmen
0	Enthaltungen

federführend

☒ überwiesen in den Ausschuss für
mitberatend in den Ausschuss für
sowie in den Ausschuss für

Mobilität und öffentliche Ordnung

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

☐ beschlossen
☐ beschlossen mit Änderung
☐ abgelehnt
☐ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

☒	einstimmig
☐	mehrheitlich
45	Ja-Stimmen
0	Gegenstimmen
0	Enthaltungen

☒ überwiesen in den Ausschuss für
mitberatend in den Ausschuss für
sowie in den Ausschuss für

Mobilität und öffentliche Ordnung

federführend

Begründung:

In der VzK zur Erledigung des BVV-Beschlusses IX -1174 zur kulturellen Nutzung der Schönhauser Allee unter dem Hochbahnviadukt während der Brückensanierung am S- und U-Bahn Schönhauser Allee hat das Bezirksamt ab Höhe Gleimstraße nach Süden und ab Höhe Schivelbeiner Straße nach Norden Flächen zur temporären Nutzung identifiziert. Während der Bauarbeiten bleibt nach den Planungen des Senats jeweils eine Fahrbahn für den Verkehr gesperrt (<https://www.berlin.de/sen/uvk/mobilitaet-und-verkehr/infrastruktur/brueckenbau/schoenhauser-allee-bruecke/>). Ziel des Prüfauftrags ist es, jene Flächen für Anwohnende und Besuchende sowie Anliefernde für die Kulturevents leichter zugänglich und über die Lichtinstallation auf die Straße auch abends aufmerksam zu machen. Durch die damit ermöglichten Events kann das Interesse an der Geschäftsstraße Schönhauser Allee auch während der langwierigen Bauarbeiten gehalten werden.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-1328

Antrag

Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen und
 SPD

Ursprung:

Antrag, Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen und SPD

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

28.01.2026 BVV

BVV/036/IX

Betreff: Mauerpark-Kultur: Nicht länger aussitzen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, im Einklang mit den Beschlüssen der Bezirksverordnetenversammlung Pankow zu den Drucksachen VIII-0782 „Mauerpark als Kulturstandort sichern“ (23.03.2019) und IX-0898 „Zappen duster im Mauerpark? Kulturort einer Metropole stärken statt abschalten“ (17.04.2024) kurz- und langfristige Maßnahmen einzuleiten, um die kulturelle, nicht kommerzielle Nutzung des Mauerparks abzusichern.

Hierfür sollen

1. das Straßen- und Grünflächenamt unverzüglich den § 6 Abs. 2 Grünflächen-gesetz zur Anwendung bringen und Flächen für „nicht-kommerzielle Kunst- oder Kulturveranstaltungen mit Live-Musik“ gewidmet werden.
2. und gleichzeitig das Satdtentwicklungsamt in Verbindung mit dem Rechtsamt, prüfen, auf welcher Rechtsgrundlage und mit welchen Instrumenten die bestehende kulturelle Nutzung des Mauerparks – insbesondere als Kultur- und Veranstaltungsstandort – unter Wahrung der Funktion als Grün- und Freifläche langfristig gesichert werden kann. Bei positivem Prüfergebnis soll das Bezirksamt in seiner jeweiligen Zuständigkeit unmittelbar tätig werden.

Für die Ausweisung der Kulturf Flächen nach § 6 Abs. 2 Grünflächengesetz und eventuelle planungsrechtliche Maßnahmen sind jeweils sämtliche Akteur:innen des Runden Tisches Mauerpark einzubeziehen.

Der BVV ist ab Sommer 2026 halbjährlich über den Fortschritt der Maßnahmen zu berichten.

Berlin, den 20.01.2026

Einreicher: Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen und SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: gez. BV Almuth Tharan, BV Paul Schlüter, BV Silke Gänger
Fraktion der SPD: gez. Katja Ahrens, Thomas Bohla, Marc Lenkeit, Mike Szidat

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

☐ beschlossen
☐ beschlossen mit Änderung
☐ abgelehnt
☐ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

☐	einstimmig
x	mehrheitlich
29	Ja-Stimmen
16	Gegenstimmen
0	Enthaltungen

x überwiesen in den Ausschuss für
mitberatend in den Ausschuss für
sowie in den Ausschuss für

Klimaschutz, Grünanlagen, Spielplätze, Umwelt und Natur
Mobilität und öffentliche Ordnung
Stadtentwicklung, Bebauungspläne und Genehmigungen

federführend

Begründung:

Der Mauerpark ist längst mehr als eine Grünfläche. Er hat sich zu einem zentralen Kultur- und Begegnungsort in Pankow entwickelt, der Menschen aus der Metropolregion Berlin und darüber hinaus anzieht.

Was früher ein Ort der Teilung war, steht heute für ein offenes, vielfältiges und friedliches Miteinander. Die Musik- und Kulturangebote – von Karaoke über Street Music bis hin zu Veranstaltungen wie der Fête de la Musique – prägen das Bild des Parks und sind fester Bestandteil seiner Nutzung.

Nach der Mauerpark-Besucher:innenumfrage von Grün Berlin (09/2022) sind rund 87 % der Besucher:innen Berliner:innen, davon 36 % aus Prenzlauer Berg und 19 % aus Mitte. Die Mehrheit der Befragten sprach sich ausdrücklich für Musikveranstaltungen und kulturelle Angebote aus: Diese tragen maßgeblich zur hohen Gesamtzufriedenheit im Park bei. Zugleich leisten sichtbare, nicht-kommerzielle Kulturangebote einen Beitrag zur sozialen Kontrolle und zur Kriminalitätsprävention.

Die Bezirksverordnetenversammlung Pankow hat sich in den vergangenen Jahren wiederholt und eindeutig zum Mauerpark als Kulturstandort bekannt. Mit den Beschlüssen VIII-0782 „Mauerpark als Kulturstandort sichern“ (2019) und IX-0898 „Zappenduster im Mauerpark? Kulturstandort einer Metropole stärken statt abschalten“ (2024) wurde der politische Wille klar formuliert, die kulturelle, nicht-kommerzielle Nutzung zu erhalten und zu stärken. Die Antwort der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen vom 11.07.2019 macht zugleich deutlich, dass die kulturelle Nutzung mit den Darstellungen des Flächennutzungsplans vereinbar ist und auf der Ebene der verbindlichen Bauleitplanung sowie mit bezirklichen Instrumenten gesichert werden kann. Eine Änderung des Flächennutzungsplans ist nicht erforderlich – der Handlungsauftrag liegt auf der Bezirksebene. Der Lösungsweg ist damit seit längerem bekannt.

Auch das Berliner Grünanlagengesetz sieht in § 6 Abs. 2 ausdrücklich vor, dass nicht-kommerzielle Kunst- oder Kulturveranstaltungen, auch mit Live-Musik, auf dafür besonders ausgewiesenen Flächen gestattet sind und verpflichtet die Bezirke, Flächen für entsprechende Nutzungen in angemessenem Umfang auszuweisen. Angesichts der über Jahre gewachsenen Nutzungspraxis im Mauerpark ist es folgerichtig, diese Realität rechtlich abzusichern: Kurzfristig durch die Ausweisung von Flächen nach § 6 Abs. 2 Grünanlagengesetz, langfristig durch eine planungsrechtliche Sicherung im Rahmen eines Bebauungsplanverfahrens unter Wahrung der Funktion als Grün- und Freifläche.

Die Einbindung der Akteur:innen des Runden Tisches Mauerpark sowie des Vereins Freunde des Mauerparks e.V. stellt sicher, dass die Erfahrungen und Bedarfe derjenigen berücksichtigt werden, die den Mauerpark als Kulturstandort seit Jahren begleiten. Mit dem vorliegenden Antrag wird die bisherige Beschlusslage der BVV konsequent fortgeschrieben und das Bezirksamt aufgefordert, den bereits beschriebenen Lösungsweg nun verbindlich umzusetzen.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-1329

Antrag

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ursprung:

Antrag, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

28.01.2026 BVV

BVV/036/IX

Betreff: Verkehrsberuhigung in Wilhelmsruh**Die BVV möge beschließen:**

Das Bezirksamt wird ersucht, im Wohngebiet, welches von den Hauptstraßen Kastanienallee, Schönholzer Weg und Angerweg begrenzt wird, Maßnahmen gegen den zunehmenden Durchgangsverkehr zu ergreifen.

Dafür soll das Bezirksamt u.a. prüfen, ob

- dies durch die Anordnung von Einbahnstraßen (bspw. Vorschlag Skizze Begründung)
- oder durch die Verhinderung der Ein- und Ausfahrt in das Wohngebiet von der Kastanienallee durch Endwidmung des Straßenraumes bei den Einfahrten in der César-Franck-Straße und Maurice-Ravel-Straße in Kombination mit jeweils einem Wendehammer

umgesetzt werden kann.

Berlin, den 20.01.2026

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,
 gez. BV Almuth Tharan, BV Paul Schlüter, BV Jan Drewitz

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
 _____ beschlossen mit Änderung
 _____ abgelehnt
 _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

x	einstimmig
	mehrheitlich
45	Ja-Stimmen
0	Gegenstimmen
0	Enthaltungen

x _____ überwiesen in den Ausschuss für
 _____ mitberatend in den Ausschuss für
 _____ sowie in den Ausschuss für

Mobilität und öffentliche Ordnung

federführend

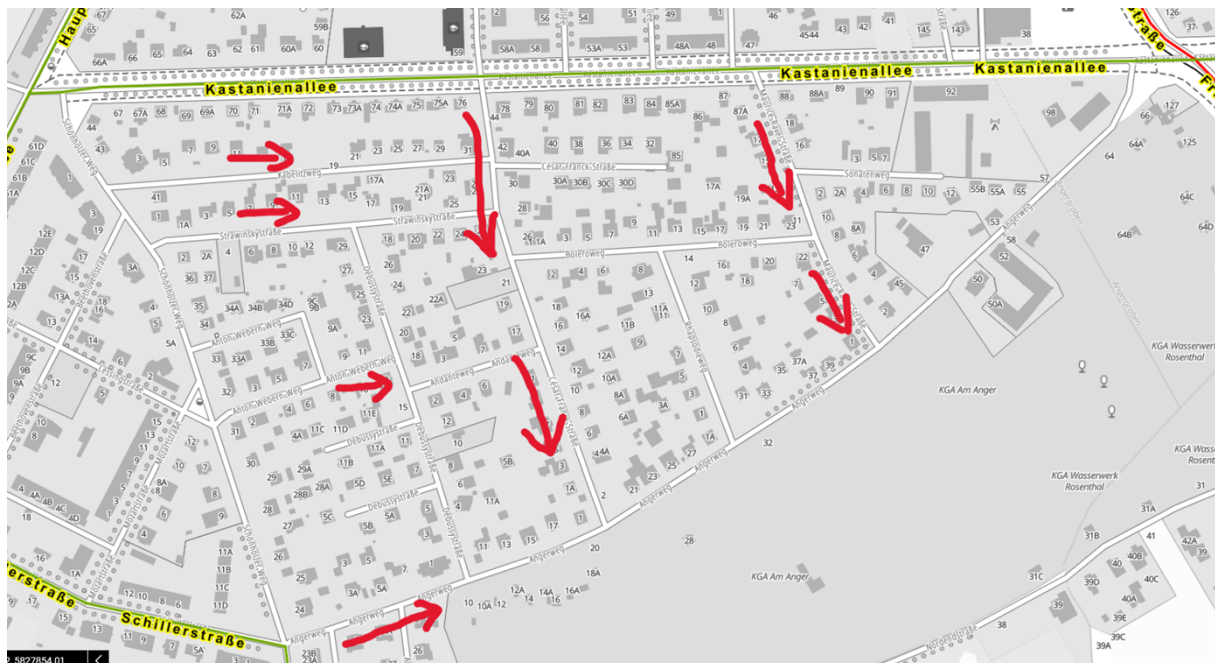
Begründung:

Auch in diesem Wohngebiet in Wilhelmsruh nimmt der Durchfahrtverkehr beständig zu. Dies hat hier besonders Auswirkungen auf die Verkehrssicherheit von Zufußgehenden und Schulkindern, da in vielen der Nebenstraßen entweder kein Fußweg oder nur ein einseitiger schmaler Fußweg besteht und von diesen deshalb in den aller meisten Fällen die Straße benutzt werden muss.

Auf den ersten Blick wäre die Einrichtung eines Verkehrsberuhigten Bereiches in dem Gebiet naheliegend, doch wäre dafür eine bauliche Umgestaltung aller Straßen mit Fußweg zu einer Mischverkehrsfläche nötig, was immense finanzielle Mittel benötigen würde und wahrscheinlich ebenfalls das viele Straßenbegleitgrün (aktuell Versickerungsflächen!) in ausgewiesene Parkflächen umwandeln würde. Außerdem könnten die Anwohnenden in einem Verkehrsberuhigten Bereich nur noch in ausgewiesenen Parkflächen oder auf dem eigenen Grundstück parken. Es ist unwahrscheinlich, dass für die Anzahl an Fahrzeugen, die aktuell auf der Straße geparkt wird, dieselbe Anzahl an Parkflächen ausgewiesen werden könnte. Auch dies spricht gegen die Ausweisung eines Verkehrsberuhigten Bereiches.

Sinnvoller ist es deshalb, den derzeitigen Charakter des Viertel beizubehalten, aber den Durchgangsverkehr wirksam zu unterbinden.

Beispiel, wie mittels der Anordnung von Einbahnstraßen der Durchgangsverkehr verhindert werden könnte. Die Pfeile verdeutlichen die Richtung der Einbahnstraßenführung.





Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

Änderungsantrag

Fraktion der CDU

Ursprung:

Antrag, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

28.01.2026 BVV

BVV/036/IX

Betreff: Verkehrsberuhigung in Wilhelmsruh

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, im Wohngebiet, welches von den Hauptstraßen Kastanienallee, Schönholzer Weg und Angerweg begrenzt wird, Maßnahmen gegen den zunehmenden Durchgangsverkehr zu ergreifen.

Weiterhin soll das Bezirksamt aufgrund fehlender Gehwege die Verkehrssicherheit für Fußgänger erhöhen, wenn diese die Straßen nutzen müssen.

Hierfür soll das Bezirksamt ein geeignetes Format finden, um gemeinsam mit den Anwohnern die beste und verträglichste Lösung zur Verkehrsberuhigung und Fußgängersicherheit zu finden.

Berlin, den 28.01.2026

Einreicher: Fraktion der CDU,

Denise Bittner, David Paul und die weiteren Mitglieder der CDU-Fraktion

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

☒	beschlossen
☐	beschlossen mit Änderung
☐	abgelehnt
☐	zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

x	einstimmig
	mehrheitlich
45	Ja-Stimmen
0	Gegenstimmen
0	Enthaltungen

federführend

☒ überwiesen in den Ausschuss für
mitberatend in den Ausschuss für
sowie in den Ausschuss für

Mobilität und öffentliche Ordnung

Begründung des Ursprungsantrags:

Auch in diesem Wohngebiet in Wilhelmsruh nimmt der Durchfahrtverkehr beständig zu. Dies hat hier besonders Auswirkungen auf die Verkehrssicherheit von Zufußgehenden und Schulkindern, da in vielen der Nebenstraßen entweder kein Fußweg oder nur ein einseitiger schmaler Fußweg besteht und von diesen deshalb in den aller meisten Fällen die Straße benutzt werden muss.

Auf den ersten Blick wäre die Einrichtung eines Verkehrsberuhigten Bereiches in dem Gebiet naheliegend, doch wäre dafür eine bauliche Umgestaltung aller Straßen mit Fußweg zu einer Mischverkehrsfläche nötig, was immense finanzielle Mittel benötigen würde und wahrscheinlich ebenfalls das viele Straßenbegleitgrün (aktuell Versickerungsflächen!) in ausgewiesene Parkflächen umwandeln würde. Außerdem könnten die Anwohnenden in einem Verkehrsberuhigten Bereich nur noch in ausgewiesenen Parkflächen oder auf dem eigenen Grundstück parken. Es ist unwahrscheinlich, dass für die Anzahl an Fahrzeugen, die aktuell auf der Straße geparkt wird, dieselbe Anzahl an Parkflächen ausgewiesen werden könnte. Auch dies spricht gegen die Ausweisung eines Verkehrsberuhigten Bereiches.

Sinnvoller ist es deshalb, den derzeitigen Charakter des Viertel beizubehalten, aber den Durchgangsverkehr wirksam zu unterbinden.

Begründung des Änderungsantrags:

Auch in diesem Wohngebiet in Rosenthal nimmt der Durchfahrtverkehr beständig zu. Dies hat hier besonders Auswirkungen auf die Verkehrssicherheit von Fußgängern und Schulkindern, da in vielen der Nebenstraßen entweder kein Fußweg oder nur ein einseitiger schmaler Fußweg besteht und von diesen deshalb in den aller meisten Fällen die Straße benutzt werden muss.

Es sei ergänzend erwähnt, dass sich das adressierte Wohngebiet in Rosenthal, nicht in Wilhelmsruh befindet.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-1332

Antrag

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ursprung:

Antrag, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

28.01.2026 BVV

BVV/036/IX

Betreff: Schluss mit Feierabendsraserei durch Heinersdorfer Wasserturmsiedlung!

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, den Abkürzungsverkehr durch die Straße „Am Wasserturm“ und das angrenzende Wohngebiet mit geeigneten Maßnahmen wirksam zu unterbinden. Dafür soll das Bezirksamt u.a. prüfen,

- die Einfahrt in die Straße „Am Wasserturm“ von der Tino-Schwierzina-Straße, mit dem Verkehrsschild 267 in Kombination mit dem Zusatz „Fahrräder und Anlieger frei“ (Verkehrsschild 1020-12) zu untersagen
- sowie die Einfahrt Figarostraße von Prenzlauer Promenade mit dem Verkehrsschild 267 in Kombination mit dem Zusatz „Fahrräder und Anlieger frei“ (Verkehrsschild 1020-12) zu untersagen.

Berlin, den 20.01.2026

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,
 gez. BV Almuth Tharan, BV Paul Schlüter, BV Katharina Koufen

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
 _____ beschlossen mit Änderung
 _____ abgelehnt
 _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

x	einstimmig
	mehrheitlich
45	Ja-Stimmen
0	Gegenstimmen
0	Enthaltungen

x _____ überwiesen in den Ausschuss für
 _____ mitberatend in den Ausschuss für
 _____ sowie in den Ausschuss für

_____ Mobilität und öffentliche Ordnung

federführend

Begründung:

Die Straße „Am Wasserturm“ ist stark durch Autos und Kleinlastwagen belastet, die die Straße von Osten kommend als Schleichweg Richtung Prenzlauer Promenade / Autobahn nutzen, um den Rückstau vor der Ampel im Ortskern Heinersdorf zu vermeiden, sowie von Westen kommend über die Figarostraße Richtung Weißensee, um den Stau auf der Rothenbachstraße zu umfahren. Besonders zur Rush-Hour am Nachmittag und insbesondere Freitagnachmittags ist die Straße stark frequentiert.

Zwar hat die vor einigen Monaten dankenswerterweise gebaute Gehweg-vorstreckung am Eingang zur Straße am Wasserturm dazu geführt, dass Fahrzeuge, die aus der Tino-Schwierzina-Straße abbiegen, vor Einfahrt in die Straße abbremsen. Doch hat sich der Verkehr dadurch insgesamt nicht spürbar reduziert, und weiterhin fahren viele Fahrzeuge, sobald sie die Gehwegvorstreckung passiert haben, häufig zu schnell und der Enge der Straße mit parkenden Autos sowie dem schadhafte Zustand des Straßenbelags nicht angemessen. Dies führt zu Gefahrensituationen, wenn Autos entgegenkommen oder aus einer Seitenstraße in die Straße am Wasserturm abbiegen.

Auch werden Menschen, die zu Fuß gehen, gefährdet, insbesondere Kinder auf ihrem Schulweg aus der Grundschule am Wasserturm. Um entgegenkommenden Fahrzeugen auszuweichen oder zu wenden, nutzen Autofahrer manchmal auch die Gehwege. So wurde vor einigen Wochen der Holzzaun des Grundstücks an der Ecke Am Wasserturm/Zampastraße von einem Fahrzeug zerstört.

Hinzu kommt die Lärmbelastung für die Anwohnenden der Straße am Wasserturm, die aufgrund des Kopfsteinpflasters besonders hoch ist.

Für die Bewohner der gesamten Wasserturmsiedlung ist es zu bestimmten Uhrzeiten inzwischen schwer, ihre Siedlung mit dem PKW oder dem Fahrrad zu verlassen. Die Straßen sind eng und nur einseitig befahrbar; Autofahrer müssen in Parklücken ausweichen, um Gegenverkehr vorbeizulassen. Dies gilt sowohl in über die Wasserturmstraßen in Richtung Tino-Schwierzina-Straße als auch für die Figarostraße in Richtung Prenzlauer Promenade.



Anwesenheitsliste

Ausschuss für Mobilität und öffentliche Ordnung am: 26.02.2026

Beginn: 19:30 Uhr

Ende:

Unterschrift:

F. d. R. d. A.

Bezirksverordnete	Unterschrift	Vertreter
-------------------	--------------	-----------

Ahrens, Katja - SPD -

Behnke, Frank - AfD -

Bittner, Denise - CDU -

Bordfeld, Frederik - Linke -

Drewitz, Jan - Bü 90/Grüne -

Flores Rivera, Patrizia - Bü 90/Grüne

-

Gänger, Silke - Bü 90/Grüne -

Kempe, Wolfram - Linke -

Knebel, Sibylla Susanne - CDU -

Paul, David - CDU -

Simon, Oliver - FDP -

Streeck, Jan-Philip - AfD -

Szidał, Mike - SPD -

Bürgerdeputierte	Unterschrift	Vertreter
------------------	--------------	-----------

Haustein, Jens - auf Antrag Bü
90/Grüne -

Herda, Michael - auf Antrag Linke -

Hübner, Matthias - auf Antrag SPD -

Struck, Olaf - auf Antrag CDU -

stellv. Bürgerdeputierte	Unterschrift	Vertreter
--------------------------	--------------	-----------

Bennert, Paul - auf Antrag Linke -

Boschert, Carlos - auf Antrag SPD -

Anwesenheitsliste

Ausschuss für Mobilität und öffentliche Ordnung am: **26.02.2026**

Beginn: **19:30 Uhr**

Ende:

Unterschrift:

F. d. R. d. A.

Dießel, Peter - auf Antrag CDU -

Ehrhardt, Friedrich - auf Antrag Bü
90/Grüne -

BA-Mitglied

Unterschrift

Vertreter

Anders-Granitzki, Manuela - CDU -
BzStRin

Anwesenheitsliste

Ausschuss für Mobilität und öffentliche Ordnung am: 26.02.2026

GÄSTELISTE
